

Selected Term Paper

No. 21

Dialog und Anerkennung in
multikulturellen Gesellschaften.
Zur politischen Theorie Charles Taylors

von **Aljoscha Merk**

Juli 2007

http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html

ISSN 1862-8117

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Charles Taylors politische Theorie	5
2.1	Identitätsbildung	5
2.2	Gegenwartsanalyse	9
2.3	Politische Konsequenzen.....	11
2.3.1	<i>Bedingungen der Demokratie</i>	11
2.3.2	<i>Umgang mit Differenz in multikulturellen Gesellschaften</i>	16
2.3.3	<i>Die Problematik der Anerkennung</i>	19
3	Kritische Betrachtung der Theorie Taylors	23
3.1	Taylors Kritiker	23
3.2	Taylors Befürworter	30
3.3	Probleme und Chancen der Theorie Taylors	32
4	Zusammenfassung und Ausblick	35
5	Literaturverzeichnis	38

1 Einleitung

Multikulturalismus stellt gegenwärtig gerade in Einwanderungsländern wie Kanada oder den USA ein bedeutsames Thema dar, da er das Selbstverständnis und die kollektive Identität von Gesellschaften berührt. Auch Fragen nach der Anerkennung kultureller Lebensformen und dem Umgang mit Differenz in Demokratien sind Teil dieses Themenbereichs und stellen die Politik vor grundlegende Entscheidungen – etwa darüber, wie Minderheiten in die Gesellschaft integriert werden sollen.

Da die Bedingungen der Identitätsbildung sowie ihre Beziehung zur Kultur in Charles Taylors politischer Theorie eine besondere Position einnehmen, lässt sich diese auch vor dem Hintergrund des Multikulturalismus und der Anerkennung betrachten. Zu Fragen nach einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen, dem Umgang mit Minderheiten und nach der Inklusion (also wer zu einer Demokratie gehört), die ebenfalls in den genannten Problembereich fallen, liefert Taylor erhellende Einsichten. Nicht nur sein Aufsatz *Die Politik der Anerkennung*, in dem sich Taylor explizit zum Thema des Multikulturalismus und der Anerkennung von kulturellen Lebensformen äußert, bietet sich in diesem Zusammenhang für eine nähere Untersuchung an.

Die vorliegende Arbeit wird Taylors Theorie im Hinblick auf die Themen Multikulturalismus, Anerkennung und Umgang mit Differenz betrachten und bewerten, wobei aufgrund des Umfangs des Werkes Taylors nur auf einige zentrale, für die Fragestellung bedeutsame Aspekte eingegangen werden kann.¹ Es soll gezeigt werden, dass Taylor zwar wertvolle Erkenntnisse liefert, aber zumindest ein Aspekt seiner Theorie kritisiert und zurückgewiesen werden muss. Seine Ausführungen über den Schutz von Kulturen – insbesondere der frankophonen Kultur in Quebec – in *Die Politik der Anerkennung* sind sowohl vor dem Hintergrund seiner eigenen Theorie als auch der immensen – und in vielen Fällen berechtigten – Kritik nicht haltbar. Dennoch finden sich in Taylors Theorie Ideen, die einen Umgang mit und eine Einbeziehung von Differenzen sowie einen Dialog zwischen unterschiedlichen kulturellen Gruppen ermöglichen und folglich betont werden sollten.

Um diese These zu belegen, ist die vorliegende Arbeit in zwei Hauptpunkte geteilt. Zunächst wird in einem ersten Schritt die für das weitere Verständnis der Theorie Taylors nötige Basis untersucht: die Bedingungen für eine gelingende Identitätsbildung, die besondere Rolle, welche die Kultur und Sprache hierbei spielen, sowie Taylors Analyse der Gegenwart.

1 Für eine umfassende Darstellung und Interpretation des Werkes Taylors vergleiche vor allem Hartmut Rosa (1998).

Der darauffolgende Abschnitt beleuchtet die politischen Konsequenzen, die sich aus den bisherigen Untersuchungen ergeben. Hier werden die Bedingungen der Demokratie aufgezeigt sowie Taylors (sehr unterschiedliche) Überlegungen zum Umgang mit Differenz in Demokratien und zur Problematik der Anerkennung, bei der es auch um den Schutz von Kulturen geht, dargestellt.

Nach dieser Untersuchung der für die vorliegende Arbeit zentralen Aspekte der Theorie Taylors, erfolgt im zweiten Hauptpunkt eine Auseinandersetzung mit einigen seiner Kritiker und Befürworter. An dieser Stelle werden Probleme und Gefahren sowie innere Widersprüche im politischen Denken Taylors, aber auch Chancen und positive Aspekte beleuchtet, um eine abschließende Bewertung im Hinblick auf den beschriebenen Themenbereich des Multikulturalismus vorzunehmen.

2 Charles Taylors politische Theorie

2.1 Identitätsbildung

In Taylors Theorie nehmen die Identität sowie die Umstände, unter denen sich eine gelungene, unbeschädigte Identität ausbilden kann, eine zentrale Rolle ein. Ausgehend von zwei Veränderungen in der Ideengeschichte nähert sich Taylor dem Begriff der Identität in unserer modernen, westlichen Kultur. Zunächst ist der Zusammenbruch hierarchisch geordneter Gesellschaften – wie der Ständegesellschaft – zu nennen, mit dem auch der Begriff der „Ehre“ an Bedeutung verliert. Dieser Begriff impliziert bereits eine Ungleichheit zwischen den Menschen, da eine Ehrung nur sinnvoll ist, wenn sie einigen wenigen vorbehalten bleibt – stünde allen Menschen die gleiche Ehre zu, würde dieses Konzept ad absurdum geführt. Stattdessen setzt sich in modernen Überlegungen über den Status von Menschen der Begriff der „Würde“ durch. Dieser egalitäre Begriff verweist auf die Vorstellung, dass alle Menschen eine unveräußerliche „Würde“ besitzen, an der jeder teilhat und somit den gleichen Anspruch auf diese hat (vgl. Taylor 1993b: 15f.).

Die zweite Veränderung betrifft die Idee der individualisierten Identität, die seit dem 18. Jahrhundert allgemeine Anerkennung findet. Nach dieser Vorstellung besitzt jeder Mensch eine eigene, individuelle Identität, die nur diesem einen Menschen allein gehört. Taylor verwendet an dieser Stelle auch den Begriff der „Authentizität“, der besagt, dass man sich selbst, seiner Originalität treu bleiben sowie seine genuin eigene Art des Personseins und Menschseins finden muss (vgl. ebd.: 17; 19). Zu diesem Zweck muss jeder Mensch sich selbst definieren, indem er seine Originalität artikuliert (vgl. Taylor 1995: 39). Aufgrund dieser Veränderungen, ist die Identität des modernen Menschen nicht mehr länger durch seine Position in einer hierarchischen Gesellschaft festgelegt, stattdessen ist der Einzelne aufgefordert, seine Originalität aus sich selbst heraus zu erzeugen und sich selbst zu definieren, d.h. seine Identität zu (er)finden (vgl. Taylor 1993b: 21; 2002d: 274).

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen müssen nun Taylors Definition von Identität und der Prozess der Identitätsbildung genauer betrachtet werden. Für Taylor legt die Definition meiner Identität einen Rahmen fest, in dem meine Wünsche, Vorlieben und Meinungen einen Sinn erhalten (vgl. Taylor 1993b: 23). Identität ist also eine Selbstdefinition, die den Horizont meiner moralischen Welt bestimmt und es mir somit ermöglicht, zu beantworten, was für mich wertvoll und von Bedeutung ist (vgl. Taylor 2002d: 271). Daher sind Dinge oder Beziehungen, ohne die ein Mensch diese für das menschliche

Handeln grundlegenden Unterscheidungen zwischen Nebensächlichen oder persönlich Bedeutsamen nicht treffen kann, Teil der eigenen Identität (vgl. Taylor 1999d: 249f.). Mit anderen Worten, stellt die Identität einen „moralischen Horizont“ dar, der meine Position in der moralischen Welt festlegt (vgl. Taylor 2002d: 272). Die Identität wird also von Beziehungen und Verpflichtungen (Mitgliedschaft in einer Kirche, Engagement in einer Partei, Zugehörigkeit zu einer Klasse, Nation usw.) bestimmt, welche diesen moralischen Horizont oder Rahmen festlegen, innerhalb dessen wir Entscheidungen über Wertigkeiten² treffen können und ohne den wir orientierungslos wären (vgl. Mulhall; Swift 1999: 106).

Laut Taylor können Selbstdefinition und Wertungen nur innerhalb eines vorgängigen Horizontes stattfinden und verständlich werden:

„Wichtigkeit erlangen die Dinge vor einem Hintergrund, der sie verständlich macht. Dies wollen wir den Horizont nennen. Daraus folgt, daß es uns, sofern wir zu einer sinnvollen Selbstdefinition gelangen wollen, unter anderem unmöglich ist, den Horizont, vor dem die Dinge für uns Bedeutsamkeit gewinnen, zu annullieren oder zu bestreiten.“ (Taylor 1995: 47)

Außerhalb eines solchen Horizontes kann man laut Taylor nicht wirklich Person sein. Man würde zerbrechen, oder eine beschädigte Identität entwickeln, da der Hintergrund fehlt, vor dem und aus dem heraus man die – für menschliches Handeln grundlegenden – Wertungen trifft (vgl. Taylor 1999a: 37). Im Zuge der Identitätsbildung greift das Individuum auf den Horizont zurück, indem es aus diesem die fundamentalen Elemente bezieht, welche zur Entwicklung des eigenen Selbstbildes benötigt werden (vgl. Rosa 2002: 62). Daher ist der vorgängige Horizont oder Rahmen konstitutiv für die Fähigkeit des Individuums, die für den Prozess der Identitätsbildung unerlässlichen qualitativen Unterscheidungen zu treffen (vgl. Joas 1997: 206). Der „Horizont, vor dem man Stellung bezieht“ (Breuer; Leusch; Mersch 1996: 189), lässt sich mit der das Individuum umgebenden Kultur identifizieren, deren Sprache und Praktiken die Grenzen und Möglichkeiten der individuellen Identität bestimmen (vgl. Rosa 2002: 62).³ Innerhalb der von der Kultur festgelegten Grenzen positioniert sich das Individuum, das zwar nicht durch die Kultur determiniert wird, aber ohne Bezug auf seinen

2 Taylor spricht an dieser Stelle von „starken Wertungen“, die sich mit dem Wert unserer Wünsche oder Motivationen beschäftigen. Starke Wertungen stellen somit eine qualitative Unterscheidung zwischen guten oder schlechten, edlen oder niedrigen, mutigen oder feigen usw. Motiven dar (vgl. Taylor 1999a: 11; 15). Diese moralische Bewertung der eigenen Wünsche gibt dem eigenen Leben einen Sinn und eine Richtung und ist integraler Bestandteil des menschlichen Lebens, da sie eine Antwort auf die Frage darstellt, welche Art von Person man sein möchte (vgl. Rosa 1998: 45f.; 2002: 60f.).

3 Insofern können bestimmte Möglichkeiten und Entscheidungen des Individuums sowie bestimmte Güter, die das Individuum als wertvoll erachtet, erst vor dem kulturellen Horizont verständlich und wahrgenommen werden (vgl. Abbey 2000: 105).

kulturellen Horizont nicht die Möglichkeit der Bestimmung der eigenen Identität oder die Elemente hätte, zu denen es Stellung beziehen kann. Man kann beispielsweise die eigene Identität als Katholik und Christdemokrat oder als Atheist und Liberaler bestimmen. Die jeweilige Selbstbestimmung sähe in diesen Fällen sehr unterschiedlich aus, greift aber auf gemeinsame Kategorien oder Dimensionen zurück, die für die Selbstdefinition als wichtig erachtet werden (Religion, politische Überzeugung etc.). Es liegt hier eine gemeinsam geteilte, von der Gemeinschaft bereitgestellte Kategorie vor, innerhalb derer eine individuelle Selbstdefinition möglich ist (vgl. Rosa 1998: 184f.; 2002: 62f).

Der Begriff der Selbstdefinition sollte nicht den Eindruck erwecken, das Individuum entwickle in Taylors Konzeption seine Identität in Isolation, losgelöst von anderen Menschen. Vielmehr bestimmt man seine Identität im Dialog sowie in der Verhandlung mit „signifikanten Anderen“ (Taylor 1993b: 22). Hier findet ein (manchmal konfliktgeladenes) Aushandeln statt, zwischen der eigenen Sicht auf das Selbst und dem, was andere in einem sehen wollen. Dies spricht für den dialogischen Charakter des Menschen, der zur Bestimmung der eigenen Identität eine Vielzahl von Sprachen (die für Taylor u.a. auch Gestik und Kunst umfassen) erlernen muss, da er nur durch die Beherrschung der Sprache zu einem wirklichen handelnden Subjekt wird (vgl. ebd.: 21f.). Insofern hängt die eigene Identität „wesentlich von meinen dialogischen Beziehungen zu anderen ab.“ (ebd.: 24).

Aus diesen Erörterungen ergibt sich die besondere Bedeutung der Sprache⁴, die neben der Kultur eine wichtige Komponente der Identitätsbestimmung ist. Um die Bewertungen im oben erläuterten Sinne durchzuführen, ist das Individuum auf die Gemeinschaft und einen gemeinsamen Sprachhorizont angewiesen, in dem bereits gemeinschaftlich geteilte Werte und moralische Prinzipien vorhanden sind. Beim Fällern von eigenen moralischen Urteilen greift man auf dieses Vokabular zurück (vgl. Breuer; Leusch; Mersch 1996: 185). Das Vokabular, das dem Individuum zur Verfügung steht, bestimmt somit dessen Gefühle und Ziele sowie die Bedeutung, die es Situationen zuschreibt (vgl. Mulhall; Swift 1999: 109).⁵

Sprache besitzt für Taylor somit vor allem eine expressive Funktion, d.h. man drückt durch

4 Taylor unterscheidet drei wesentliche Funktionen von Sprache: zum einen das explizite Bewußtmachen von Gefühlen und Ideen, die zuvor nur implizit empfunden wurden. Darüber hinaus eröffnet Sprache einen zwischenmenschlichen oder öffentlichen Raum, in dem Dinge zu einer gemeinsamen Angelegenheit werden. Drittens dient Sprache zur Formulierung von moralischen Maßstäben, mit denen das eigene Handeln bewertet wird (vgl. Taylor 1999b: 64; 67f.; 70f.).

5 Taylor verdeutlicht diesen Zusammenhang an dem Beispiel von schlechten historischen Romanen, die wenig glaubhaft erscheinen, da die Romanfiguren trotz der im Mittelalter angelegten Handlung Begriffe wie „fulfilling“ oder „sophisticated“ benutzen. Die Unglaubwürdigkeit ergibt sich daraus, dass diese Begriffe und die Art der Bewertung in Kategorien, die mit diesen Begriffen bezeichnet werden, nicht Teil des Sprachhorizontes des Mittelalters waren (vgl. Taylor 1997: 131).

sie innere Zustände und das eigene Wesen aus. Der Einzelne artikuliert seine Identität, indem er Wertungen vornimmt, die wiederum in der sprachlichen Tradition der Gemeinschaft zu finden sind (vgl. Honneth 1999: 306; 309). In der gemeinsamen Tradition, dem kulturellen Horizont erschließen sich dem Individuum Vorstellungen vom Guten und ebenso Ideen der guten Gesellschaft, weshalb hier ein enger Zusammenhang zwischen kollektiver und individueller Identität besteht. Der Einzelne orientiert sich bei seiner Identitätsbildung in einem moralischen Raum mit Hilfe einer Sprache, die nur gemeinsam erzeugt werden kann und zur gemeinsamen Kultur gehört, die wiederum die Möglichkeiten der individuellen Identität bestimmt (vgl. Rosa 1998: 181f.).

Die gemeinsame Tradition stellt allerdings keinen abgeschlossenen Raum dar, sondern kann durch die expressive Sprache des Einzelnen erweitert werden, wenn dieser den gemeinsamen Sprachhorizont auf kreative Weise überschreiten muss, da er in dem vorhandenen Vokabular keine angemessene Form findet, um gegebene Zustände oder Gefühle auszudrücken. Dennoch ist das Individuum bei seinen Wertungen immer auf einen gemeinsamen Rahmen oder Horizont angewiesen (vgl. Honneth 1999: 309f.). Durch die Artikulation der Individuen können also bestehende Werte des moralischen Horizonts verändert werden bzw. neue hinzutreten, wobei die unterschiedlichen Werte in einer hierarchischen Ordnung stehen, da man manchen Werten eine größere Bedeutung zugesteht als anderen. So können einige Werte eine Hegemonie ausüben, wodurch andere nur schwer artikuliert werden können und an Bedeutung verlieren (vgl. Joas 1997: 211).

Identitätsbildung findet somit nach Taylor in einem gemeinsamen kulturellen Horizont sowie einer geteilten Sprachgemeinschaft statt und ist von dialogischen Beziehungen zu Anderen abhängig. Darüber hinaus ist die Identität auch von der Anerkennung durch Andere, ohne die man nie ganz man selbst sein kann, abhängig, da der Einzelne sich nicht völlig aus sich selbst heraus definieren kann (vgl. Taylor 2002d: 275). Anerkennung spielte auch bei der vormodernen Identität eine Rolle, wurde aber in diesem Kontext nicht thematisiert, da sie nicht als problematisch angesehen wurde. Da früher die Identität aus der gesellschaftlichen Stellung abgeleitet und diese Tatsache von jedem akzeptiert wurde, war die Anerkennung gewissermaßen bereits Bestandteil der Identität und konnte nicht verweigert werden (vgl. Taylor 1993b: 24). Anerkennung, die im heutigen Kontext problematischer ist als in der Vormoderne, stellt ein grundlegendes menschliches Bedürfnis dar. Umgekehrt kann die Verweigerung von Anerkennung bzw. die Verkennung schädlich sein, Leiden verursachen und als Mittel der Unterdrückung genutzt werden, da ohne die nötige Anerkennung bei Frauen, ethnischen Minderheiten oder anderen Gruppen ein herabgewürdigtes, negatives

Selbstbild entsteht und verinnerlicht wird (vgl. ebd.: 14f.; 26). Sieht man die für die eigene Identität entscheidende Sprache oder Kultur als wertlos an, führt dies zu einer abwertenden und herabwürdigenden Einstellung zum eigenen Selbst. Da man aufgrund der eigenen Kultur Zugang zu einer Sprache und einem Bedeutungshorizont hat, in dem man fundamentale Fragen über das Selbst beantworten und starke Wertungen vornehmen – mit anderen Worten eine Identität ausbilden – kann, hat man ein vitales Interesse daran, dass diese Kultur möglichst „rich and healthy“ (Taylor 2005a: 48) ist (vgl. ebd.: 48f.).

Nachdem dieser erste Schritt die Bedingungen der Identitätsbildung herausarbeiten konnte, werden im Folgenden Taylors Analyse der Gegenwart sowie seine Bedenken an der Moderne⁶ betrachtet.

2.2 Gegenwartsanalyse

Wie in Kapitel 2.1 dargestellt, ermöglicht die individualisierte Identität dem Einzelnen, seine Identität unabhängig von seiner Stellung in der Gesellschaft zu bestimmen. Daraus folgt, dass jeder das Recht hat, sein Leben so zu gestalten wie er es für richtig erachtet und niemand ihn dafür kritisieren darf. Da die Werte des anderen „Privatsache“ sind und als solche respektiert werden müssen, entsteht eine Form von Relativismus, der jede Kritik an Lebensformen unmöglich macht (vgl. Taylor 1995: 20). Das Individuum, das sich somit bei seiner Lebensgestaltung auf sich selbst konzentriert, klammert über die eigene Situation hinausgehende Belange und Fragen (Religion, Politik etc.) aus. Darüber hinaus ging mit dem Niedergang hierarchischer Gesellschaftsordnungen auch die Vorstellung eines umfassenden Ordnungsgefüges des gesamten Universums verloren, in dem jedes Lebewesen einen festen Platz hat. Der Verlust einer solchen kosmischen Hierarchie bedeutet auch, dass eine sinnstiftende gesellschaftliche Ordnung und das Gefühl eines höheren Zwecks, den diese Ordnung widerspiegelt, in der Moderne nicht mehr denkbar sind. Der Verlust solcher Vorstellungen und die Konzentration auf das eigene Selbst stellen für Taylor einen Bedeutungsverlust dar sowie eine Verengung und Verflachung des Lebens (vgl. Taylor 1995:

6 Taylor äußert drei Aspekte an der Moderne, die Unbehagen erzeugen. (1) Zunächst nennt er die starke Rolle, die der Individualismus und mit ihm das Recht, die eigne Lebensführung zu wählen in unserer Gesellschaft spielen. (2) Darüber hinaus kritisiert er die Vorrangstellung der instrumentellen Vernunft in unseren Überlegungen (z.B. die Berechnung der ökonomischsten Anwendung der Mittel in einer bestimmten Situation mit dem Ziel der maximalen Effizienz). (3) Schließlich erzeugen auch die Konsequenzen der ersten beiden Punkte auf die Gesellschaft Unbehagen (vgl. Taylor 1995: 8; 11; 15). In der folgenden Darstellung werden die Punkte (1) und (3) aufgrund ihrer Bedeutung für Taylors Demokratiekonzeption (Kapitel 2.3.1 in der vorliegenden Arbeit) beleuchtet.

9f.; 21).

Vorstellungen des Individualismus und der Selbstverwirklichung sind so stark in die Gedankenwelt der Gegenwart und in die Praktiken des Alltags eingebunden, dass diese Ideen nicht mehr hinterfragt, sondern zur einzig denkbaren Überzeugung werden, wodurch man abweichende Fragestellungen oder Probleme nicht mehr wahrnimmt. Zentral im modernen Denken ist der autonome Mensch, für den kosmische Ordnungen keine Rolle mehr spielen und der traditionelle Bindungen gelöst hat (vgl. Breuer 2000: 108f.; Breuer; Leusch; Mersch 1996: 186). So diagnostiziert Taylor, dass gegenwärtig viele Menschen „ihre Liebesbeziehungen und die Fürsorge für ihre Kinder opfern, um ihre Karriere zu verfolgen“, wobei sie das Gefühl haben, „ihr Leben wäre irgendwie vergeudet oder unerfüllt, wenn sie nicht so verfahren würden.“ (Taylor 1995: 24). Solche Auffassungen von Selbstverwirklichung führen dazu, dass Verbindungen zu Gemeinschaften nur noch instrumentell betrachtet werden und auch auf der Ebene zwischenmenschlicher Beziehungen der Partner der eigenen Selbstverwirklichung untergeordnet wird. Taylors Begriff der „Kultur des Narzißmus“ (ebd.: 65) fasst diese Vorstellungen zusammen, nach denen die eigene individuelle Selbstverwirklichung das höchste Ziel im Leben ist und weder moralische Forderungen von Anderen noch ernsthafte Verpflichtungen gegenüber anderen Menschen eine Bedeutung haben (vgl. ebd.: 52; 65). Die „Kultur des Narzißmus“ ist von den Vorstellungen der Authentizität, die in Kapitel 2.1 erläutert wurden, weit entfernt, da sie „einem Ideal gemäß [lebt], hinter dem sie systematisch zurückbleibt.“ (ebd.: 66).

Auf der gesellschaftlichen Ebene wirken sich die oben beschriebenen Entwicklungen und Vorstellung von Autonomie in Form einer Fragmentierung aus. Laut Taylor besteht die Gefahr in:

„[...]der Fragmentierung, also darin, daß ein Volk immer weniger imstande ist, sich einen gemeinsamen Zweck zu setzen und diesen zu erfüllen. Zur Fragmentierung kommt es, wenn sich die Menschen in immer höherem Maße atomistisch sehen und, anders formuliert, immer weniger spüren, daß sie durch gemeinsame Vorhaben und Loyalitäten an ihre Mitbürger gebunden sind.“ (Taylor 1995: 125f.)

Diese Fragmentierung wird bedingt durch das mangelnde Gefühl der Bindung an und der Sympathie mit den Mitbürgern, das sich aus den beschriebenen individualistischen Überzeugungen ergibt. Zusätzlich stellt sich bei den Menschen ein Gefühl der Hilflosigkeit ein, da es in einer solchen fragmentierten Gesellschaft unwahrscheinlich ist, demokratische Mehrheiten für gemeinsame Ziele zu gewinnen, wodurch die Menschen aufhören sich politisch zu beteiligen oder ihre Bemühungen eher auf Teilgruppen richten (vgl. ebd.: 126).

Als Beispiel für solche Entwicklungen nennt Taylor die USA, wo die Idee der Herrschaft des Gesetzes und der Durchsetzung von Rechten, die in einer Verfassung festgehalten sind, zentral ist. Häufiger kommen in den USA nun politische Entscheidungen dadurch zustande, dass Gesetzgebungsakte oder Handlungen von nichtstaatlichen Institutionen in Prozessen vor dem Verfassungsgericht revidiert werden. Richterliche Entscheidungen spielen somit eine wichtigere Rolle als gesellschaftliche Debatten und Kompromisse. In diesem Zusammenhang wird das Interesse der Bürger in konkurrierenden Kampagnen gebündelt, die sich jeweils nur mit einem einzigen Thema beschäftigen, wodurch sie zu einer weiteren Polarisierung und Verringerung der Kompromissbereitschaft beitragen (vgl. Taylor 1995: 127-130).

Aufgrund der Fragmentierung mangelt es auf Seiten der Bürger an Identifikation mit dem Gemeinwesen und der Gesellschaft, die nur noch unter instrumentellen Gesichtspunkten betrachtet werden. Da ein gemeinsames (politisches) Handeln fehlt und sich ein Gefühl der Ohnmacht verbreitet, werden die Bürger weiter von einander entfernt, wodurch wiederum die Fragmentierung verstärkt wird (vgl. ebd. 131f.). Schließlich erscheinen Politik sowie politische Institutionen als fremd und äußerlich, als etwas, demgegenüber man Forderungen stellt, aber keine Verpflichtungen hat und an dem man nicht beteiligt ist (vgl. Breuer 2000: 126). Eine solche Einstellung führt dazu, dass „die Leistungsfähigkeit des Bürgers darin besteht, daß er seine Rechte durchsetzt, einerlei, welche Konsequenzen das für das Ganze hat.“ (Taylor 1995: 131).⁷ Die mangelnde Identifikation mit der gemeinschaftlichen Politik und den politischen Institutionen sowie das Gefühl der Ohnmacht, d.h. das Gefühl, auf politische Entscheidungen keinen Einfluss mehr zu haben, ihnen aber dennoch unterworfen zu sein, bergen für Taylor eine Gefahr für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt selbst: „Wir sind von einer gewissen Anomie bedroht, in der wir den Glauben an die unser soziales Leben regierenden Normen verlieren, aber keine andere Wahl haben, als dennoch mit ihnen zu leben. Dies ist eine Krise der Bindung an unsere Gesellschaft.“ (Taylor 1999d: 284).

2.3 Politische Konsequenzen

2.3.1 *Bedingungen der Demokratie*

⁷ Ingeborg Breuer erhebt in Bezug auf diese Problematik den Einwand, dass die in unseren Gesellschaften vielfältig vorhandenen Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Organisationen für die Vertretung von Minderheiten durchaus als Zeichen eines „lebendigen demokratischen Gemeinwesens“ (Breuer 2000: 126) gesehen werden können. Sie verweist allerdings gleichzeitig darauf, dass für Taylor politisches Handeln mehr als die Summe von individuellen Initiativen ist, sondern vielmehr in der Gemeinschaft verankert sein muss (vgl. ebd. 126f.).

Gegen die in 2.2 erläuterten „unbehaglichen“ Aspekte der Moderne und die Gefahren, die vor allem in der Fragmentierung der Gesellschaft liegen, setzt Taylor sein Verständnis eines demokratischen Gemeinwesens, welches in den folgenden Ausführungen erläutert wird. Um sich seiner Vorstellung von einer gelingenden Demokratie zu nähern, stellt Taylor drei Demokratiemodelle vor, von denen er zwei als unzulänglich ablehnt.

Zunächst betrachtet Taylor die ökonomische Demokratietheorie, die er mit Schumpeter identifiziert und auf die Überlegungen Hobbes' und Lockes zurückführt. Nach dieser Theorie stellt das Politische ein Instrument dar, welches die Mitglieder der Gesellschaft zur Durchsetzung ihrer jeweiligen individuellen Interessen und Ziele nutzen. Gruppenziele gibt es nur insofern, als dass sich einzelne Ziele, die konvergieren, zusammenfassen lassen. Prinzipiell gelten die jeweiligen Ziele alle gleich viel. Taylor spricht dieser Art von Theorie eine gewisse Übereinstimmung mit der realen Erfahrung von Menschen zu, da sich zumindest Personen in dieser Theorie wiederfinden können, die in unübersichtlichen, bürokratischen Gesellschaften leben und sich (im Sinne der in 2.2 erörterten Fragmentierung) nicht mit ihrem Gemeinwesen identifizieren. Taylor lehnt dieses Modell dennoch ab, da es den wesentlichen Aspekt der „Bürgerschaft“ – die aktive Partizipation der Bürger an ihrer Regierung – vernachlässigt. Mehr noch, eine zu starke Beteiligung ist unter Gesichtspunkten der Effektivität des politischen Systems unerwünscht (vgl. Taylor 2002a: 13ff.).

Darüber hinaus gerät das ökonomische Modell in Erklärungsnot bezüglich der Motivation der Bürger, sich für ihr Gemeinwesen einzusetzen. Eine politische Gesellschaft erfordert von ihren Mitgliedern eine gewisse Disziplin und die Bereitschaft, Leistungen zu erbringen, sei es in Form von Steuern, dem Wehrdienst oder der einfachen Befolgung von Gesetzen. Während ein despotisches Regime diese Bereitschaft mit Zwang herstellen kann, erfordert ein freies Gemeinwesen eine starke Identifikation der Bürger, damit diese bereit sind, die nötigen Pflichten zu übernehmen und den Staat unter Umständen zu verteidigen (vgl. Taylor 2002a: 15; 1993a: 110). Dies kann die ökonomische Theorie nicht erklären, da die Bürger gemäß dem von dieser Theorie unterstellten Menschenbild die politische Gemeinschaft jederzeit hintergehen und betrügen würden, um ihren eigenen Vorteil zu sichern. Eine solche Entfremdung von dem Gemeinwesen bezeichnet Taylor als „parasitär“ (Taylor 2002a: 16), die nur möglich ist, da sich die Mehrheit der Bürger noch mit der Gesellschaft identifiziert (vgl. Reese-Schäfer 1994: 36f.).

Als zweites Modell nennt Taylor Theorien, die sich von Rousseau herleiten und nach denen der Anspruch der Bürger auf Selbstregierung im Mittelpunkt steht. Da man laut Rousseau frei ist, wenn man seinem eigenen Willen folgt, muss die Grundlage für eine freie

Gemeinschaft der Gemeinwille, der *volonté générale* sein, damit nicht der Wille eines Einzelnen einen anderen Bürger unterdrückt. Taylor weist Fortsetzungen dieser Theorie im Marxismus und Leninismus nach, demzufolge eine Harmonie der Interessen eintritt, sobald der Klassengegensatz überwunden worden ist und sich eine Art proletarischer *volonté générale* einstellt. Laut Taylor entspricht dieses Modell von Demokratie der Erfahrung von Menschen, die sich in einer Bewegung zusammenschließen und ihre gemeinsamen Interessen erfolgreich in die Politik einbringen können, wodurch ein starkes Gemeinschaftsgefühl entsteht. Taylor lehnt dieses Modell ab, da es verkennt, dass sich die Interessen der Bürger meistens nicht unter einem gemeinsamen, harmonischen Ziel zusammenführen lassen, sondern vielmehr konträr sind. Eine solche Differenz der Interessen muss aber in einem freiheitlichen Gemeinwesen ausgetragen werden können – eine Tatsache, der das von Rousseau inspirierte Modell nicht Rechnung trägt, da es Differenz und Streit die Legitimität abspricht (vgl. Taylor 2002a: 17ff.).

Schließlich stellt Taylor ein drittes Modell vor, das er selbst vertritt und dessen Ursprünge er bei Tocqueville und Arendt sieht. Im Gegensatz zum zweiten Modell gestattet diese Theorie Streit und Differenz einen für freie Gesellschaften angemessenen Raum, sieht dabei jedoch eine Identifikation der Bürger mit einem gemeinsamen, zentralen Pol vor, weshalb sie sich auch von den ökonomischen Vorstellungen unterscheidet. Den gemeinsamen identitätsstiftenden Pol stellen das Gesetz und die darin verwirklichten Verfahren und Institutionen des politischen Systems dar, welche als gemeinschaftliches Gut⁸ angesehen werden. Da dieses Gut die Würde des Bürgers ermöglicht und schützt, sind alle gewillt, es nicht nur zu pflegen, sondern auch zu verteidigen. Auch wenn sich die Bürger als Konkurrenten sehen können, die konträre Interessen verfolgen, bringen sie einander doch Achtung entgegen, da sie als Gleiche an dem gemeinsamen Projekt – dem politischen Gemeinwesen – beteiligt sind (vgl. ebd.: 19f.).

Unter Institutionen versteht Taylor ein Phänomen, bei dem Praktiken einer Bevölkerung in einer bestimmten Form stabilisiert werden, wodurch Handlungsweisen als normal erscheinen oder auch normativ vorgeschrieben und verschiedene Rollen differenziert werden. Institutionen können unterschiedliche Grade der Formalisierung aufweisen – sehr gering wie bei einer Familie oder stärker hierarchisch mit ausformulierten Handlungsanweisungen. Einige Institutionen erfüllen laut Taylor einen genau festgelegten Zweck und werden unter

⁸ Taylor unterscheidet konvergente Güter – wie z.B. Schutz vor Gefahren durch die Polizei u.ä. – von gemeinsamen Gütern, die alleine nicht realisiert werden können. Ein Beispiel für letztere ist die Freundschaft, deren Eigenschaft als Gut davon abhängt, dass es gemeinsam als solches verstanden wird (vgl. Taylor 1997: 139; 1993a: 114).

utilitaristischen Gesichtspunkten betrachtet – sie werden von den Bürgern genutzt, ohne dass diese weiter über die Institutionen nachdenken. Taylor bezeichnet solche Institutionen als „service institutions“ (Taylor 2005c: 122). Eine weitere Art von Institutionen – wie z.B. die Familie – erfüllt darüber hinaus eine identitätsstiftende Funktion. Hier sind bestimmte Rollen und Praktiken definiert, die zur Identitätsbildung beitragen sowie eine Idee des guten Lebens und bestimmte Wertvorstellungen enthalten, ohne dass diese explizit ausformuliert werden müssen (vgl. ebd.: 121f.). Diese zweite Art von Institutionen stellt somit einen Raum dar, in dem Werte und Moralvorstellungen ausgearbeitet werden und bildet einen gemeinsamen Identifikationspol für diejenigen, die an den Institutionen teilhaben (vgl. ebd.: 123).

Damit eine Demokratie im Sinne des dritten Modells möglich wird, nennt Taylor vier Bedingungen, von denen hier die ersten beiden erläutert werden.⁹ Zunächst betrachtet Taylor die Einheit der Bürger – d.h. das Gefühl, dass die Bürger an einem gemeinsamen politischen Unternehmen beteiligt sind. Da man im politischen Gemeinwesen zusammen die Würde als Bürger bewahrt, ist man einander verpflichtet und in einer solidarischen Beziehung eingebunden. Diese Verpflichtung geht soweit, dass man bereit ist, das Gemeinsame zu verteidigen. Taylor fordert an dieser Stelle eine Form von Patriotismus – ein Gefühl das von Montesquieu als „vertu“ bezeichnet wurde (vgl. Taylor 2002a: 21f.; 1993a: 110f.).

Taylor bezieht sich in diesem Zusammenhang allerdings nicht auf „Nationalismus“, der eine loyale Bindung beschreibt, die unabhängig von den politischen Institutionen sein kann und auf einer ethnischen, sprachlichen oder kulturellen Gemeinschaft beruht. Verpflichtet ist man hier also in erster Linie nur der Nation, während man dem Staat nur insofern Treue schuldet, als dass er die Nation verkörpert. „Patriotismus“ hingegen bedeutet, dass man sich zu einer Gemeinschaft wegen ihrer Gesetze verbunden fühlt und sich somit nicht im Sinne einer „Vaterlandsliebe“ mit einer Heimat identifiziert, sondern mit einem politisch definierten Gemeinwesen (vgl. Taylor 2002c: 151). Diese Vorstellung von Patriotismus stammt laut Taylor aus der Antike und war verbunden mit dem Ziel der Selbstregierung. Zentral in diesem Zusammenhang ist die antike Idee, dass Selbstregierung ein Gut an sich darstellt, dass das Leben in einer sich selbst regierenden Gemeinschaft höherwertig ist als in anderen Gesellschaften. Nach der antiken Vorstellung müssen sich die Bürger stark mit den öffentlichen Institutionen identifizieren, eine Liebe zu den Gesetzen entwickeln und sogar bereit sein, für deren Verteidigung zu sterben, um eine solche Gesellschaft zu ermöglichen.

⁹ Die vier Bedingungen lauten: (1) ein Solidaritätsgefühl mit dem Gemeinwesen, (2) die Partizipation an politischen Entscheidungen, (3) gegenseitiger Respekt unter den Bürgern und (4) eine funktionierende Wirtschaftsordnung (vgl. Reese-Schäfer 1994: 39).

Gemäß dieser Denktradition bezeichnete „Patriot“ in der amerikanischen und französischen Revolution einen Verfechter der Selbstregierung (vgl. Taylor 2005a: 41). Loyalität empfindet man nach dieser Vorstellung also „gegenüber den Institutionen und Verfahren der Selbstregierung.“ (Reese-Schäfer 1994: 39).¹⁰ Diese Art der Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen ist in Taylors Theorie ein notwendiger Bestandteil des politischen Lebens (vgl. Abbey 2000: 116).

Die zweite Bedingung für Taylors Vorstellung von Demokratie, die hier erläutert werden soll, ist die Partizipation. Diese hat für Demokratien eine entscheidende Bedeutung, da ohne sie das bereits beschriebene Gefühl der Beteiligung an einem gemeinsamen politischen Projekt verloren geht, welches nötig ist, um den erforderlichen Einsatz der Bürger für ihr Gemeinwesen sicherzustellen. Partizipation bedeutet für Taylor allerdings mehr als die bloße Beteiligung an Wahlen, sondern umfasst vielmehr die Selbstorganisation von Bürgern, die gemeinsam auf den politischen Prozess einwirken, die öffentliche Meinung beeinflussen und Druck auf die Regierung ausüben. Solche gemeinsamen Handlungen stärken das Gemeinschaftsgefühl und wirken somit der Fragmentierung entgegen. Taylor räumt allerdings ein, dass eine funktionierende Demokratie sowohl vielfältige Formen der direkten Partizipation benötigt als auch eine zentrale Gewalt und dass diese Elemente sinnvoll kombiniert werden müssen. Damit diese Partizipation, die Taylor auch in der Mitarbeit in Parteien und dem politischen Handeln auf lokaler Ebene sieht, möglich wird, ist eine territoriale sowie institutionelle Dezentralisierung der politischen Gewalt erforderlich (vgl. Taylor 2002a: 23ff.).

Wie Taylors Ausführungen zur Idee des Patriotismus und zur aktiven Partizipation verdeutlichen, bezieht er sich auf die aristotelische Vorstellung, dass die Beteiligung an der Politik ein wichtiger Bestandteil des guten Lebens ist und die Verwirklichung einer grundlegenden menschlichen Fähigkeit darstellt (vgl. Abbey 2000: 114). Die Idee der partizipatorischen Selbstregierung als Wert an sich und nicht als bloßes Instrument zur Durchsetzung von Zielen sieht Taylor als Teil einer Tradition, die er als „civic humanism“ (Taylor 1997: 141) bezeichnet, in der die Teilnahme an der Regierung eng verwoben mit der menschlichen Würde ist (vgl. ebd.: 141). Aus dieser Tradition heraus betrachtet, stellt die oben erwähnte Würde des Bürgers die Fähigkeit dar, sich an der Selbstregierung zu

¹⁰ Taylor weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass vor allem die demokratischen Staaten langfristig politisch stabil sind, in denen die nationale Identität eng verbunden ist mit diesen Institutionen und Verfahren der Selbstregierung. Ein nationales Zugehörigkeitsgefühl bedeutet in diesen Staaten ein Gefühl der Loyalität gegenüber den politischen Institutionen und Verfahren. Als Beispiele für eine solche Konstellation nennt Taylor die angelsächsischen Staaten (vgl. Taylor 2002a: 23).

beteiligen, was voraussetzt, dass man das Politische nicht nur als ein Instrument ansieht, sondern als etwas, mit dem man sich identifizieren kann und Teil dessen man ist (vgl. Taylor 1993a: 126f.).

Auch wenn Taylor zugesteht, dass wohl nur eine Minderheit der Bürger sich in dem beschriebenen Maße aktiv an der Politik beteiligt, stellen der „civic humanism“ und ein republikanischer Patriotismus eine bedeutende Größe in modernen Demokratien dar. Dies zeigt sich laut Taylor beispielsweise an den Reaktionen auf die Watergate-Affäre in den USA, bei der ein US-Präsident aufgrund der öffentlichen Entrüstung, die ohne die beschriebene Identifikation mit den politischen Institutionen nicht zu erklären ist, zum Rücktritt gebracht wurde. Ein republikanischer Patriotismus als Verpflichtung gegenüber demokratischen Idealen stellt somit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung demokratischer Staaten dar (vgl. Taylor 1993a: 120f.; 2002a: 20f.).

2.3.2 Umgang mit Differenz in multikulturellen Gesellschaften

Die in 2.3.1 erläuterte Identifikation mit dem Gemeinwesen sowie Taylors Vorstellungen von Patriotismus und kulturabhängiger Identität werfen die Frage nach Inklusion und Exklusion in demokratischen Gemeinschaften auf. Wie Taylors Ablehnung eines von Rousseau inspirierten Demokratiemodells verdeutlicht, gibt es einen Strang in seiner Theorie, demzufolge mit Differenz umgegangen werden muss und der in den folgenden Ausführungen untersucht werden soll.

Laut Taylor weisen Demokratien eine Dynamik der Exklusion auf, obwohl im Begriff „Volk“ alle Bürger eingeschlossen sein sollen. Diese Dynamik ergibt sich aus dem Bedürfnis demokratischer Gesellschaften nach Zusammenhalt und gemeinsamer Identität. Politische Entscheidungen erhalten in Demokratien Legitimität dadurch, dass sie von den Bürgern (zumindest in der Form von Mehrheitsentscheidungen) gemeinsam getroffen und getragen werden und dass im Entscheidungsprozess Meinungen frei ausgetauscht sowie revidiert werden können. Dies wiederum erfordert ein Zugehörigkeitsgefühl und eine Verpflichtung der Bürger untereinander, damit die Möglichkeit des gemeinsamen Austausches besteht und auch mit einer gewissen Sicherheit zukünftig bestehen wird. Bleibt eine Gruppe von politischen Auseinandersetzungen ausgeschlossen, verlieren die Beschlüsse der Mehrheit für sie ihre Legitimität und Bindungskraft. Somit benötigen Demokratien eine kollektive Identität, gegenseitiges Vertrauen unter den Bürgern und – wie das vorherige Kapitel zeigen

konnte – einen hohen Grad an Partizipation (vgl. Taylor 2002b: 30ff.). Aus diesen Anforderungen folgt die Dynamik der Exklusion, die eine Möglichkeit der Herstellung von Zusammenhalt darstellt:

„Die Versuchung ist groß, diesen Zusammenhalt durch die Ziehung einer Grenzlinie um die ‚ursprüngliche‘ Gemeinschaft zu schaffen und auf diese Weise ‚den anderen‘ die Integration in diese Gemeinschaft zu erschweren. Nicht geringer ist die Versuchung, durch die Schaffung einer keine Alternativen zulassenden, rigide definierten staatsbürgerlichen Identität eine Art ‚innere Ausgrenzung‘ zu praktizieren.“ (Taylor 2002b: 36)

Die Dynamik der Exklusion wird auch weiterhin eine Rolle spielen, da laut Taylors Analyse die internationale Migration Gesellschaften stärker multikulturell werden lässt, während gleichzeitig die Bereitschaft sinkt, von der Mehrheit abweichende Identitäten (von Frauen, kulturellen Minderheiten, Homosexuellen etc.) an die dominierende Lebensform anzupassen. Daher werden sich demokratische Gesellschaften in Zukunft fortwährend neu erfinden und ihre politische Kultur einem beständigen Revisionsprozess unterziehen müssen, um neue Gruppen aufzunehmen und ihre jeweilige Identität in die bestehende Gemeinschaft zu integrieren. In Anbetracht dieser Herausforderungen scheint es zunächst opportun, sich bei der Bestimmung des Gemeinwesens auf einen neutralen Liberalismus zu beziehen – d.h. individuelle Rechte und Verfahren zu formulieren, jedoch keine Ideen von Bürgertugenden oder Vorstellungen des Guten zu berücksichtigen (vgl. ebd.: 37ff.; 41).¹¹

Taylor schließt sich diesem zunächst einfacherer erscheinenden Lösungsweg nicht an, stattdessen plädiert er für ein alternatives Modell, das er auf Humboldt zurückführt. Gemäß dieser Vorstellung können Menschen untereinander Bindungen eingehen, auch wenn sie verschieden sind. Die Unterschiede der Menschen werden nicht als Hindernis für ein friedliches Zusammensein angesehen, sondern vielmehr als eine Bereicherung und Ergänzung, die den eigenen Horizont erweitern. Hinter diesem Modell steht die Vorstellung, jeder Mensch könne nur einen Teil des gesamten menschlichen Potentials verwirklichen, weshalb man Bindungen mit Personen eingehen muss, die von einem selbst verschieden sind, um die Errungenschaften und Fähigkeiten der Menschheit vollständig realisieren zu können. Taylor weist Verbindungen dieses Modells mit einem christlichen Ideal nach, demzufolge das Wesen der Menschheit nur verwirklicht werden kann, wenn ein Austausch zwischen den vielen Unterschieden, welche die Menschen aufweisen, möglich ist. Es geht Taylor somit

¹¹ Eine genauere Bestimmung dieses Begriffs von Liberalismus sowie eine Darstellung von Taylors alternativem Liberalismusmodell erfolgen in Kapitel 2.3.3 der vorliegenden Arbeit.

nicht darum, dass Differenzen lediglich geduldet oder akzeptiert werden, sondern dass ein gegenseitiges Kennenlernen und Austauschen stattfindet (vgl. ebd.: 42ff.).

An dieser Stelle bezieht sich Taylor auf Gadammers Begriff der „Horizontverschmelzung“ (ebd.: 44). Durch diese Verschmelzung wird das eigene Repertoire an Begriffen, das Vokabular (im in 2.1 beschriebenen Sinne) erweitert. Es wird ein neues Vokabular entwickelt, indem die Wertungen der eigenen Kultur, die vorher als selbstverständlich angesehen wurden, nun als Möglichkeit neben den Werten der bis dahin unvertrauten Kultur wahrgenommen werden und sich somit die eigenen Maßstäbe verändern (vgl. Taylor 2002b: 44; 1993b: 63f.).¹²

Politische Relevanz erlangen diese Überlegungen beispielsweise in Quebec, dessen Zusammenhalt mit Kanada Taylor befürwortet. Um eine Abspaltung zu verhindern, muss unter anderem eine bikulturelle Gesellschaft aufgebaut werden, in der nicht nur die Zweisprachigkeit anerkannt wird, sondern beide kulturellen Gruppen voneinander lernen und von ihrer gemeinsamen Situation profitieren können. Aufgrund seiner besonderen Lage, kann Kanada ein Beispiel dafür sein, dass Vielfalt und Verschiedenheit eine Bereicherung darstellen können. Auch wenn Taylor zugesteht, dass diese Vorstellungen nur schwer in die Tat umgesetzt werden können und heftig umstritten sein werden, sieht er in einem sinnvollen Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen eine Möglichkeit für die Erhaltung der Einheit Kanadas (vgl. Taylor 2005b: 27; 29). Hier zeigt sich, dass Taylors bevorzugte Konzeption von Politik eine „arena of difference, dialogue, negotiation and compromise“ (Abbey 2000: 131) darstellt, da für ihn der Austausch von unterschiedlichen Ansichten sowie das Erreichen eines Kompromisses unschätzbar sind (vgl. ebd.: 131).

Da das oben beschriebene Bedürfnis nach Identität auch auf Quebec zutrifft, aber aufgrund der Diversifikation (z.B. durch den geringer werdenden Einfluss der Kirche) die nationale Identität nicht mehr als gegeben oder selbstverständlich angesehen werden kann, muss diese neu definiert und verhandelt werden. Eine solche Definition findet zwangsläufig auf der Grundlage sehr unterschiedlicher Überzeugungen statt, die nur schwer miteinander zu vereinbaren sind. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Einheit in Taylors Augen als eine Vielfalt an Wegen und Möglichkeiten dar, zur nationalen Identität zu gehören, die jeder für

¹² Abbey erläutert dies an dem Beispiel eines Anthropologen, der sich mit Einwohnern der South Western Townships in Südafrika beschäftigt, die an Hexerei glauben. Die Überzeugung des Anthropologen, dass es keine Hexerei gibt, erweist sich durch den Kontakt mit diesem fremden Horizont als eine Besonderheit seiner Kultur. Der Anthropologe könnte nun versuchen, den Glauben dieser Menschen aus ihrer Perspektive heraus, ohne Verzerrungen und nur mit minimalen Einfluss seiner Überzeugungen zu verstehen. Durch diesen Versuch verschiebt sich der Horizont des Anthropologen, auch wenn er nicht von dem Glauben an Hexerei überzeugt wird. Das heißt, bei einer Horizontverschmelzung werden auch die eigenen Werte und Überzeugungen in Frage gestellt (vgl. Abbey 2000: 162f.).

sich festlegt. Die nationale Einheit ist somit etwas, über das gestritten und verhandelt werden muss. Folglich sollte die nationale Identität Quebecs durch einen politischen Prozess bestimmt werden, der auf einem fairen und ehrlichen Austausch und Wettbewerb zwischen unterschiedlichsten Anschauungen beruht. Hier soll eine demokratische Auseinandersetzung stattfinden, durch welche die Identität fortwährend (neu)definiert wird. Da Politik in diesem Zusammenhang nicht nur eine instrumentelle Funktion hat, sondern vielmehr integraler Bestandteil der nationalen Identität ist, spielt hier die bereits in Kapitel 2.3.1 erwähnte aristotelische Tradition eine Rolle. Taylor entwirft die Vision einer nationalen Einheit, die Vielfalt nicht nur toleriert, sondern auf dieser gegründet ist und in der eine Vielzahl von Überzeugungen in einem fortwährenden, offenen Dialog stehen (vgl. Taylor 2005c: 129-132).

Dieses Konzept einer „Dialog-Gesellschaft“ (Rosa 1998: 465), in der die Definition der kollektiven Identität zur politischen Aufgabe wird und in der ein Dialog zwischen unterschiedlichen Vorstellungen vom Guten stattfindet, wird allerdings nur angedeutet, im weiteren Verlauf der Entwicklung Taylors Theorie nicht mehr aufgegriffen und scheint darüber hinaus fast utopisch zu sein (vgl. ebd.: 465f.). Taylor erscheinen jedoch verallgemeinerbare Lösungen und solche, die ein komplexes Problem auf ein einzelnes Prinzip reduzieren (sei es das liberale Individuum oder die Gemeinschaft) suspekt. Die Komplexität und Konflikte im Bereich des Politischen ermöglichen keine einfachen Lösungen, weshalb jede Demokratie verschieden, auf der Grundlage ihrer jeweiligen Kultur mit Differenz und Vielfalt umgehen muss (vgl. Abbey 2000: 124; 126).

Für eine mögliche Umsetzung der Dialog-Gesellschaft erscheinen Hartmut Rosa neben Dezentralisierung und dem Prinzip der Subsidiarität, ein Netzwerk aus Foren der Deliberation unter Einsatz moderner, interaktiver Kommunikationstechnik erforderlich. Bei den Mitgliedern einer solchen Gesellschaft müsste es zumindest einen Teilbereich von konvergierenden Werten und Überzeugungen geben oder im Dialog erzeugt werden. Hierbei ist es erforderlich, dass Minderheiten von diesem gemeinsamen Projekt nicht ausgeschlossen werden und auch die jeweils eigenen Werte, Überzeugungen und Präferenzen wandelbar sind (vgl. Rosa 1998: 467f.).

2.3.3 Die Problematik der Anerkennung

Wie Kapitel 2.1 zeigen konnte, findet laut Taylor die individuelle Identitätsbildung vor dem Hintergrund und in den Grenzen eines kulturellen Horizontes sowie einer

Sprachgemeinschaft statt. Darüber hinaus ist sie sowohl von dialogischen Beziehungen als auch der Anerkennung durch Andere abhängig. Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich, dass Kulturen eines besonderen Schutzes bedürfen, damit Individuen eine unbeschädigte Identität ausbilden können. Kann eine Kultur nicht erhalten werden, oder müssen Individuen nach Sprach- und Identitätsmustern leben, die nicht der eigenen Kultur entstammen, bzw. wird die jeweilige kulturelle Identität von der Mehrheit nicht anerkannt, kommt es bei den Betroffenen zu Schädigungen (vgl. Rosa 1998: 471f.). Fraglich ist in diesem Zusammenhang, inwieweit zum Schutz von Kulturen individuelle Rechte eingeschränkt werden dürfen.

Aus dem in 2.1 erläuterten Prinzip der Authentizität leitet sich laut Taylor die Politik der Differenz ab, die besagt, dass Menschen und Gruppen wegen ihrer jeweiligen Identität und Besonderheiten anerkannt werden sollen. Dieses Prinzip unterscheidet sich von der Politik des Universalismus, die allen Bürgern die gleiche Würde, den gleichen Respekt und die gleichen Rechte zugesteht, wodurch sie eine Unterscheidung zwischen „Klassen“ verhindern will. Auch der Politik der Differenz zufolge muss Diskriminierung vermieden werden. Allerdings wird nach diesem Konzept die Identität universell anerkannt, weshalb das Besondere und Einzigartige an jedem Individuum eine besondere Rolle spielt (vgl. Taylor 1993b: 27ff.). Dieses Argument betont folglich das Anderssein und wirft universalistischen Gerechtigkeitsvorstellungen, die oftmals Gerechtigkeit mit Gleichheit in eins setzen, eine Blindheit gegenüber Differenz vor (vgl. Demmerling 1995: 123). Auch die Politik der Differenz wendet sich gegen eine solche Blindheit, da sie fordert, dass Unterschiede in differenzierende Praktiken umgesetzt werden und somit Minderheiten besondere Rechte zugesprochen werden, wodurch sie beispielsweise andere ausschließen dürfen, um ihre kulturelle Identität zu schützen (vgl. Taylor 1993b: 30).¹³

Gemäß der Politik der Differenz fordern zum Beispiel Frankokanadier (insbesondere die Bewohner Quebecs) und verschiedene Gruppen von Ureinwohnern Autonomie in bestimmten Bereichen, um den Erhalt ihrer Kultur zu ermöglichen. In Quebec äußern sich die differenzierenden Praktiken darin, dass die Kinder von Einwanderern und frankophonen

13 Zur Frage gruppenspezifischer Rechte vgl. Will Kymlicka (1995; 1999). Kymlicka befasst sich in seinen Arbeiten u.a. damit, wie weit Sonderrechte reichen dürfen und welche Art von Rechten (Selbstverwaltung, Sprachgesetze etc.) für verschiedene Minderheitengruppen angemessen sind. Im Gegensatz zu Taylor argumentiert Kymlicka aus einer liberalen Perspektive und begründet Minderheitenrechte damit, dass das grundlegende liberale Prinzip, die individuelle Freiheit – d.h. die Möglichkeit, das Leben entsprechend den eigenen Überzeugungen zu führen und diese unter Umständen auch zu revidieren – von kulturellen Bedingungen abhängt. Da die individuelle Freiheit eine Wahl zwischen verschiedenen Optionen bedeutet und diese Optionen von der Kultur bereitgestellt sowie innerhalb eines kulturellen Kontextes sinnvoll werden, unterstützen gruppenspezifische Rechte, die zum Erhalt von Minderheitenkulturen beitragen, die liberale Freiheit (vgl. Kymlicka 1995: 80f; 83; 106). Für eine Diskussion Kymlickas Theorie vgl. beispielsweise: Benhabib (2002), Tempelman (1999), Young (1997).

Quebecern englischsprachige Schulen nicht besuchen dürfen, oder darin, dass Betrieben mit mehr als fünfzig Mitarbeitern Französisch als Geschäftssprache vorgeschrieben wird. Diese Sprachgesetze stellen somit eine Einschränkung der individuellen Rechte und Freiheiten zugunsten eines Kollektiven Ziels (dem Erhalt der frankophonen Kultur in Quebec) dar (vgl. ebd.: 45). Taylor verdeutlicht, dass es in diesem Zusammenhang nicht um die Anerkennung individueller Rechte geht, die beispielsweise die Zweisprachigkeit im föderalen System Kanadas begründen, da frankophone Kanadier das Recht haben, ihre Sprache in öffentlichen Belangen zu benutzen. Da der Zweck der Sprachgesetze ist, dass es auch zukünftig französischsprachige Kanadier gibt, geht das kollektive Ziel über individuelle Rechte hinaus und kann diesen sogar widersprechen (vgl. Taylor 2005d: 165).¹⁴

Offensichtlich widersprechen diese Zwecke der Politik des Universalismus sowie dem in 2.3.2 erwähnten neutralen Liberalismus. In Anschluss an Dworkin beschreibt Taylor diesen Liberalismus als eine Idee, in der die Gemeinschaft keine substantiellen Ansichten über die Ziele des Lebens vertritt und man sich stattdessen auf „prozedurale“ Verfahren einigt, die ermöglichen sollen, dass alle fair und gleich miteinander umgehen (vgl. Taylor 1993b: 49f.; 2005d: 174). Der Staat muss folglich neutral sein und darf seine Handlungen nicht mit Argumenten rechtfertigen, die eine Konzeption des guten Lebens einer anderen vorziehen. Dementsprechend agiert der Staat in Form eines Rahmens, in dem jeder sein Leben auf der Grundlage seiner individuellen Einsichten und Überzeugungen führen kann (vgl. Lukes 1995: 101).

Taylor stellt jedoch ein alternatives Liberalismusmodell vor, demzufolge eine Gesellschaft nach einer bestimmten Idee des guten Lebens organisiert werden kann, ohne diejenigen, die sich dieser Idee nicht anschließen wollen, zu benachteiligen. Zu diesem Zweck werden fundamentale Grundrechte, die allen Bürgern ausnahmslos garantiert werden müssen (wie die Redefreiheit, Religionsfreiheit sowie das Recht auf Leben), von Rechten unterschieden, die unter bestimmten Bedingungen eingeschränkt werden können. Eine solche Gesellschaft kann, wenn sie die Vielfalt respektiert und jedem die fundamentalen Grundrechte garantiert, liberal sein, obwohl sie einige individuelle Rechte einschränkt (vgl. Taylor 1993b: 52f.). Vertreter des alternativen Modells, das auch Taylor befürwortet, sind also „bereit die Wichtigkeit bestimmter Formen von Gleichbehandlung abzuwägen gegen die Wichtigkeit des Überlebens

¹⁴ Besonders deutlich wird dies, wenn Taylor schreibt: „Diese Politik ist aktiv bestrebt, Angehörige dieser Gruppe zu *erzeugen*, indem sie zum Beispiel dafür sorgt, daß sich auch künftige Generationen als Frankophone identifizieren.“ (Taylor 1993b: 52, Hervorhebung im Original)

einer Kultur, und sie entscheiden dabei bisweilen zugunsten der letzteren.“ (ebd.: 56).¹⁵

Letztlich kann auch der Liberalismus 1 laut Taylor keine Neutralität beanspruchen, da er nur einen Teil des kulturellen Spektrums vertritt (vgl. ebd.: 57).¹⁶ Dies lässt sich mit der in 2.3.1 erwähnten Überlegung verbinden, dass Institutionen einen Ort darstellen, an dem (implizit) Werte formuliert werden, wodurch sie nicht neutral sein können. Wenn also die politischen Institutionen und Strukturen auch liberaler Staaten Ideen des Guten widerspiegeln, dann sollten diese Ideen explizit im öffentlichen Raum diskutiert werden, damit sie durch gemeinsame Deliberation gestaltet werden können (vgl. Rosa 1998: 432; 436).¹⁷

Eine Nichtanerkennung von Kulturen kann, wie eingangs erläutert wurde, beschädigte Identitäten zur Folge haben. Taylor stellt im Anschluss an diese Überlegung die Frage, inwieweit auch der „Wert“ von Kulturen anerkannt werden muss und kommt zu dem Schluss, dass nicht prinzipiell die Beiträge aller Kulturen als gleichrangig anerkannt werden können, weil dadurch das Werturteil an sich außer Kraft gesetzt wird. Wird ein positives Urteil gefällt, das wie ein Recht eingefordert werden kann, drückt dies lediglich eine Verbundenheit mit der entsprechenden Kultur aus – keine wirkliche Wertschätzung. Stattdessen schlägt Taylor vor, die jeweilige Kultur im Sinne der Horizontverschmelzung näher zu erforschen, wobei man als Ausgangshypothese davon ausgeht, dass alle Kulturen der Welt etwas mitzuteilen haben (vgl. Taylor 1993b: 59; 63-66).

Wie Kapitel 2 zeigen konnte, findet laut Taylors Theorie die individuelle Identitätsbildung immer in einem vorgängigen kulturellen Horizont sowie einer geteilten Sprachgemeinschaft statt. Gegen eine mit dem Individualismus verbundene Gefahr der Fragmentierung stellt Taylor seine Vorstellung eines demokratischen Gemeinwesens, in dem sich die Bürger untereinander und mit den politischen Institutionen identifizieren, aber dennoch Differenzen austragen können. Auf die Anforderungen des Multikulturalismus antwortet Taylor zunächst mit seiner Konzeption der Dialog-Gesellschaft, in der Differenzen als willkommene Ergänzung gesehen werden und die nationale Identität in einem beständigen Dialog definiert

15 Den von Walzer (1993) verwendeten Begriffen folgend, werden von nun an das neutrale Liberalismusmodell als Liberalismus 1 und das alternative Modell als Liberalismus 2 bezeichnet.

16 Auch das freie Individuum, das sich in einer solchen liberalen und neutralen Gesellschaft bewegt, ist laut Taylor das Ergebnis einer Entwicklung bestimmter Institutionen und Praktiken sowie Teil einer bestimmten Art von Zivilisation (vgl. Taylor 1999c: 175). Insofern ist eine Gesellschaft für die Ausübung von individuellen Rechten unerlässlich (vgl. Abbey 2000: 102).

17 Der Gedanke eines neutralen Staates wird unglaubwürdig, wenn man berücksichtigt, dass beispielsweise auch im Steuerrecht (mehr oder weniger) implizite Werturteile über erwünschtes Verhalten verwirklicht sind. Steuererlasse könnten einen Elternteil ermuntern zu Hause zu bleiben, um sich um die Kinder zu kümmern. Umgekehrt könnte auch die Kinderbetreuung außerhalb des Elternhauses begünstigt werden (vgl. Abbey 2000: 143).

wird. Taylor fordert aufgrund ihrer Rolle beim Prozess der Identitätsbildung einen besonderen Schutz von Kulturen, der gemäß dem Liberalismus 2 auch die Einschränkung individueller Rechte beinhalten kann.

Im nächsten Kapitel erfolgt eine kritische Betrachtung Taylors Theorie.

3 Kritische Betrachtung der Theorie Taylors

3.1 Taylors Kritiker

Im ersten Teil dieses Kapitels werden einige kritische Argumente gegen Taylor untersucht: der Vorwurf eines statischen Kulturbegriffs, innere Widersprüche in der Theorie Taylors, ein problematisches Verständnis von Anerkennung und die Tendenz, individuelle Autonomie zu unterdrücken.

Ein Kritikpunkt, der gegen Taylors Theorie geäußert wurde und sich an den Kommentaren von Habermas und Rockefeller verdeutlichen lässt, ist sein statisches Verständnis von Kultur. Habermas stimmt der Idee zu, dass Anerkennung sowohl die besondere, individuelle Identität von Einzelnen als auch Handlungsformen und Praktiken, die bei Gruppen ein hohes Ansehen genießen, einschließen muss und dass sich Forderungen nach Anerkennung folglich auch auf den Schutz von Traditionen kultureller Gruppen ausweiten lassen. In Demokratien müssen Kulturen gleichberechtigt nebeneinander existieren können, da die Verwirklichung von individuellen Rechten das Bestehen von intersubjektiv geteilten Lebensformen voraussetzt, welche für die individuelle Identitätsbildung unerlässlich sind. Die in Kapitel 2.1 erwähnte Verbindung zwischen individueller und kollektiver Identität und die Abhängigkeit der Identität des Einzelnen von der Kultur machen Rechte auf Selbstverwaltung, Subventionen sowie andere Maßnahmen erforderlich (vgl. Habermas 1993: 150f.; 172).¹⁸

¹⁸ Habermas schreibt jedoch im Zusammenhang gleichverteilter Rechte: „Nun müssen einerseits sehr wohl faktische Voraussetzungen für eine chancengleiche Nutzung gleichverteilter rechtlicher Kompetenzen erfüllt sein [...]. Eine unter diesem Gesichtspunkt intendierte Angleichung faktischer Lebenslagen und Machtpositionen darf andererseits nicht zu *normalisierenden* Eingriffen von der Art führen, daß die präsumptiven Nutznießer wiederum in ihrem Spielraum für eine autonome Lebensgestaltung empfindlich

Habermas argumentiert an dieser Stelle im Gegensatz zu Taylor aus der Perspektive individueller Rechte. Die Maßnahmen zur Sicherstellung eines gleichberechtigten Nebeneinander von Lebensformen müssen nicht durch kollektive Rechte begründet werden, da der Schutz von Kulturen letztlich die Anerkennung der individuellen Mitglieder bezweckt. Habermas spricht sich deutlich gegen einen „Artenschutz“ (ebd.: 173) von Kulturen aus. Das Überleben von kulturellen Lebensformen kann durch staatliche Maßnahmen nicht garantiert werden. Der Staat kann zwar einen Rahmen schaffen, in dem ein Fortbestand ermöglicht wird, es müssen sich jedoch die Mitglieder der kulturellen Gruppe entscheiden, ob sie ihre Traditionen weiterführen wollen oder nicht. Dafür muss den Menschen die Freiheit gelassen werden, ihre Kultur zu prüfen, sich mit ihr auseinander zu setzen, um sie dann fortzuführen, sie zu verändern oder sich von ihr zu distanzieren. Auch wenn ein Verlassen der Kultur die von Taylor beschriebenen negativen Auswirkungen auf die Identität hat, bleibt es die Entscheidung des Individuums (vgl. ebd.: 173ff.). Nach Habermas' Analyse werden langfristig nur die Kulturen bestehen bleiben, die „aus Kritik und Sezession die Kraft zur Selbsttransformation ziehen.“ (ebd.: 175).¹⁹

Rockefeller weist in seinem Kommentar zu Taylor auf das Ideal der universellen Freiheit und Gleichheit als Kern liberaler Politik hin, das durch einen politischen Prozess des stetigen Wandels verwirklicht werden soll. Die Achtung von kulturellen Lebensformen, in denen sich Menschen verwirklichen und ihre Identität zum Ausdruck bringen, ist auch für Rockefeller ein Ziel der Politik. Begründet sieht er die Anerkennung in der universellen oder primären Identität als Mensch – nicht eine ethnische Zugehörigkeit rechtfertigt die gleiche Anerkennung aller, sondern die Tatsache, dass man unabhängig von partikularen Identitäten zunächst ein Mensch ist (vgl. Rockefeller 1993: 95ff.). Ähnlich wie Habermas argumentiert Rockefeller somit nicht unter Bezug auf kollektive Rechte.

In Zusammenhang mit Taylors Einwand, auch der Liberalismus könne nicht neutral sein, verweist Rockefeller darauf, dass der Liberalismus zwar teilweise neutral ist, da er Toleranz und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen unterstützt, aber zugleich auch eine

eingeschränkt werden.“ (Habermas 1993: 155, Hervorhebung im Original). Auf den Schutz von Kulturen angewandt, ergibt sich aus dieser Aussage, dass Einschränkungen von individuellen Rechten wie in Quebec nicht zulässig sind.

¹⁹ Ein ähnliches Argument findet sich auch bei Seyla Benhabib. Laut Benhabib (2002: 66ff.) muss das Ziel jeder auf den Erhalt von Kulturen gerichteten Politik darin bestehen, deren Mitglieder in die Lage zu versetzen, ihre Kultur anzunehmen, zu erweitern oder auch abzulehnen – es muss das Recht bestehen, die kulturellen Traditionen zu verändern oder abzuschaffen. Benhabib äußert die Kritik, dass Taylors und Kymlickas Theorien illiberale Konsequenzen haben können, da sie Kulturen als statisch und klar abgrenzbar betrachten und die Kontinuität und Bewahrung von kulturellen Lebensformen über die Veränderung, Anpassung oder gar den Umsturz stellen. Letztlich findet sich bei beiden Theoretikern eine „culture preservationist policy“ (ebd. 68).

„kämpferische Weltdeutung“ (ebd.: 99) darstellt. Die liberale Demokratie verfolgt somit durchaus ein strategisches Ziel, das „die Individuen in die Lage versetzen soll, das gute Leben zu leben.“ (ebd.: 100). Rockefeller stellt in Anschluss an Dewey fest, dass jedoch keine Idee des Guten absolut gesetzt und für immer festgeschrieben werden soll, da Wertvorstellungen immer kritisiert werden können und man aufgrund von praktischer Erfahrung zu Urteilen kommt, die für die jeweilige Situation angemessen sind. Zentral an dieser Vorstellung von Demokratie sind folglich die durch experimentelle Erfahrung gestützte Suche nach Wahrheit und die Möglichkeit des Wandels, die Rockefeller in Taylors Verweis auf die Horizontverschmelzung verwirklicht sieht. Rockefeller wendet aber zu Recht ein, dass eine solche Verschmelzung und ein Wandel des demokratischen Systems durch die Festschreibung einer bestimmten Kultur unterlaufen werden, wie sie durch die Schutzmaßnahmen für die frankophone Kultur in Quebec erfolgt. Rockefeller deckt an dieser Stelle eine Spannung zwischen Taylors Befürwortung des Schutzes von Kulturen und sein in Kapitel 2.3.2 beschriebenes Eintreten für Dialog und Austausch zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen auf (vgl. ebd.: 99ff.).

Auch Hartmut Rosa kritisiert zu Recht Taylors Ausführungen über den Schutz von Kulturen. Taylors Vorschlag des Liberalismus 2 kann zwar kollektive Ziele integrieren, erweist sich aber aus mehreren Gründen als problematisch. Zunächst scheint das kollektive Ziel eher dadurch gekennzeichnet zu sein, dass es absolut gesetzt wird, als durch seine gemeinschaftliche Anerkennung. Das Fortbestehen der Kultur gewinnt in Taylors Überlegungen einen Eigenwert, es verselbstständigt sich soweit, dass die individuelle Identität instrumentalisiert wird. Nicht die Anerkennung der Mitglieder der betroffenen Kultur steht im Vordergrund (wie von Habermas gefordert), sondern die Herstellung von Personen, die sich mit dieser Kultur identifizieren. Dieser Zweck führt in Bezug auf künftige Generationen sogar dazu, dass ihre kulturelle Identität in der Gegenwart festgelegt wird (vgl. Rosa 1998: 479f.).²⁰ In diesen Überlegungen über den Fortbestand kultureller Lebensformen scheint ein Eigenwert von Kulturen erkennbar, der jedoch von Taylor nicht begründet wird. Folglich kann aus Taylors Theorie heraus nicht erklärt werden, wie die zumindest implizit anklingende Instrumentalisierung der persönlichen Identität zu begründen oder rechtfertigen ist (vgl. ebd.: 480f.).²¹

20 So schreibt Taylor: „[...] we are determining now what their cultural identity will be.“ (Taylor 1994: 251, Hervorhebung im Original)

21 Auf ähnliche Weise bleibt auch Taylors Bevorzugung des Liberalismus 2 ungeklärt. Er schreibt lediglich: „Ich kann dies hier nicht ausführlich begründen, aber ich würde dieses letztere Liberalismusmodell befürworten.“ (Taylor 1993b: 56)

Ein weiteres Problem, das Rosa in Taylors Argumentation für eine Bewahrung der frankophonen Kultur aufdeckt, ist die exklusive Definition des kollektiven Guts. Zwar kann eine Gesellschaft um ein solches Gut herum gebildet werden, wenn man der Konzeption des Liberalismus 2 zustimmt, doch im Fall von Quebec beansprucht eine kulturelle Gruppe – die Frankophonen – das alleinige Definitionsrecht. Folglich werden individuelle Rechte von Personen eingeschränkt, um ein Gut zu schützen, an dessen Festlegung sie nicht beteiligt waren – dies trifft u.a. auf die englischsprachigen Quebecer zu. Diese Minderheit muss damit in einer Gesellschaft leben, deren Institutionen nicht einmal mehr Neutralität beanspruchen, wie es im Liberalismus 1 der Fall ist, wodurch sie mit problematischen und beschädigten Identitäten zu kämpfen hat, die Taylor als Folge der kulturellen Nichtanerkennung beschreibt. Hier widerspricht Taylor eindeutig seiner eigenen Identitätstheorie sowie seiner Konzeption der Dialog-Gesellschaft. Eine Lösung für diesen Widerspruch sieht Rosa in der Einbeziehung aller kulturellen Gruppen und Minderheiten in den gemeinsamen Prozess der Verhandlung und der Definition des kollektiven Ziels, nach dem die Gesellschaft ausgerichtet sein soll (vgl. ebd.: 482ff.).

Wolf und Nicholson äußern in ihren Beiträgen Kritik an Taylors Begriff von Anerkennung. Wolf arbeitet in ihrem Kommentar zwei Formen der Nichtanerkennung heraus, auf die sich Taylor im Zusammenhang des Multikulturalismus konzentriert: die Weigerung anzuerkennen, dass Angehörige einer Minderheit eine kulturelle Identität besitzen sowie die Nichtanerkennung des „Wertes“ dieser kulturellen Lebensform. Sie stimmt Taylors Aussage zu, eine pauschale Anerkennung des gleichen „Wertes“ und der gleichen Bedeutsamkeit aller Kulturen, die wie ein Recht eingefordert werden kann, sei nicht sinnvoll, da sie dem Prinzip eines Werturteils widerspricht. Doch Taylors Antwort auf dieses Problem, dass man allen Kulturen zunächst mit der Annahme begegnet, sie hätten der Menschheit etwas Wichtiges zu sagen, die später in einem Prozess der Horizontverschmelzung überprüft wird, erscheint Wolf ebenfalls unzulänglich (vgl. Wolf 1993: 80; 82ff.).

Dieser Zugang zu dem Problem der Anerkennung verschleiert laut Wolf schädliche Folgen der Verweigerung von Anerkennung, die nicht mit dem „Wert“ von Kulturen oder kulturellen Beiträgen verbunden sind. Sie verdeutlicht dieses Problem anhand des Beispiels von Curricula an Universitäten, die häufig von den Beiträgen europäischstämmiger Männer dominiert sind. Auch wenn man diese dominierende Stellung nicht damit begründet, diese Beiträge seien die Meisterwerke der menschlichen Zivilisation, was eine Verkennung der nicht-europäischen Beiträge bedeuten würde, sondern damit, dass sie die größten Werke der europäischen Kultur darstellen, lässt sich hier immer noch eine Form der Nichtanerkennung

ausmachen. Da ein großer Teil der Studierenden weder männlich noch europäischer Abstammung ist, kann sich dieser Teil nicht mit den im Curriculum vertretenen Meisterwerken identifizieren. Folglich betrifft die Verkennung in diesem Fall nicht kulturelle Gruppen, sondern Individuen, die zwar Teil einer Gemeinschaft sind, aber durch das auf Europäer und Männer fixierte Curriculum ignoriert werden (vgl. ebd.: 84ff.).

Die Forderung nach einer Veränderung dieser Situation ergibt sich nicht aus dem „Wert“, der bestimmten Kulturen zugesprochen oder verweigert wird, sondern daraus, dass Personen unterschiedlicher kultureller Herkunft Teil einer gemeinsamen Kultur oder Gesellschaft sind (vgl. ebd.: 87). Durch den Zugang zu Literatur, die nicht dem eigenen kulturellen Horizont entstammt, hat man laut Wolf die Gelegenheit, sich selbst „als multikulturelle Gemeinschaft zu begreifen und so auch die Mitglieder dieser Gemeinschaft in all ihrer – all unserer – Verschiedenartigkeit anzuerkennen und zu respektieren [...].“ (ebd.: 89).

Nicholson untersucht in ihrem Essay die Forderung nach Anerkennung von Differenzen und kommt zu dem Schluss, Taylors Zugang zu diesem Problem übersehe, wie unterschiedlich Identität und Anerkennung in verschiedenen Kontexten verstanden wurden. In der Forderung nach Anerkennung ging es laut Nicholson zunächst um den Versuch, zu belegen, dass Minderheiten nicht anders sind als die Mehrheit und es keine grundlegenden Unterschiede zwischen diesen Gruppen gibt. Ethnische oder geschlechtsspezifische Differenzen sollten ignoriert werden (vgl. Nicholson 1996: 1f.; 4f).

Diese Überzeugung wich im Verlauf der Entwicklung der afroamerikanischen und feministischen Bewegung der Idee, dass Differenzen sehr wohl anerkannt werden müssen und dies weniger mit dem drohenden Verschwinden einer kulturellen Lebensform als vielmehr mit der in einer Bewertung von Kulturen angelegten Unterdrückung zu begründen ist. In dieser Idee liegt folglich der Fokus auf dem Vorgang der Anerkennung. Es geht nicht nur um die Forderung bestimmter Gruppen nach Anerkennung, sondern auch darum, die Tatsache zu problematisieren, dass eine dominante kulturelle Lebensform eine andere bewertet. Durch Fragen nach dem Ungleichgewicht der Macht zwischen verschiedenen Gruppen und dessen Gründen, gerät auch derjenige, der Anerkennung zugestehen kann, ins Blickfeld. Angehörige der (weißen und männlichen) Mehrheit sollen davon überzeugt werden, dass ihre Lebensform nicht Ausdruck der „human condition in general“ (ebd.: 4) ist, sondern vielmehr Teil einer bestimmten sozialen Gruppe (vgl. ebd.: 4ff.).

Nicholson zufolge übersieht Taylor dieses Verständnis von Anerkennung, da er sich hauptsächlich auf „die anderen“, die anerkannt werden möchten, konzentriert und den Vorgang der Anerkennung selbst vernachlässigt. Dass Taylor in seinen Überlegungen über

Multikulturalismus vor allem mit dem „Wert“ von Kulturen argumentiert, spiegelt zwar eine Tendenz in der gegenwärtigen Diskussion wider, in der die Anerkennung der gleichwertigen Beiträge von Frauen und bestimmten ethnischen und kulturellen Gruppen eine wichtige Rolle spielt, übersieht aber diejenigen, die den Fokus stärker auf die dominierende Kultur legen wollen. Argumentiert man in diese Richtung, geht es weniger um den „Wert“ von benachteiligten Kulturen, der anerkannt werden soll, sondern eher darum, den Angehörigen der dominierenden kulturellen Gruppe ein bisher eingeschränktes Verständnis von Wert nachzuweisen (vgl. ebd.: 7; 9f.).

Laut Taylor wird – wie Kapitel 2.3.3 zeigen konnte – die Forderung nach Anerkennung der Gleichwertigkeit von Kulturen gestellt und kann durch eine zu überprüfende Annahme, alle Kulturen hätten etwas Wichtiges mitzuteilen, beantwortet werden. Im Verlauf dieser Überprüfung kann sich im Sinne der Horizontverschmelzung die eigene Position verändern. Nicholson kritisiert an diesem Zugang zu Multikulturalismus, dass es nur darum geht, wie „wir“ (als Mehrheit) den „Wert“ von anderen kulturellen Lebensformen beurteilen, während nicht hinterfragt wird, inwieweit ein solches Beurteilen durch eine privilegierte Gruppe zulässig ist (vgl. ebd.: 11).

Ein weiterer Kritikpunkt gegen Taylor ist der Einwand, seine Theorie könne nicht den vielfältigen kulturellen Bindungen, die für Menschen bedeutsam sind, Rechnung tragen und stelle schlimmstenfalls eine Gefahr für die Freiheit und Gleichheit der Bürger dar. Lyshaug zufolge liefert Taylors Theorie wertvolle Einsichten in das Ideal der Authentizität sowie darüber, dass die Quellen der Identität in der Moderne vielfältig sind und Selbstverwirklichung in dem Sinne dieses Ideals ein sehr komplexes, aber auch lohnendes Unterfangen darstellt. Der dialogische Charakter des Menschen und der Identitätsbildung, der in Kapitel 2.1 erläutert wurde, ist ein Beispiel dafür, wie Taylors Überlegungen innere Differenzen und Vielfältigkeit einbeziehen, die entscheidend für die Bestimmung des eigenen Selbst sind. Lyshaug weist aber darauf hin, dass diese Einsichten und die Bedeutung der inneren Vielfalt von Taylors Aussagen über den Schutz von Kulturen unterlaufen werden (vgl. Lyshaug 2004: 300-304).

Während Taylor davon ausgeht, dass die Grenzen der kulturellen Gemeinschaften, welche den Individuen die für eine Identitätsbildung notwendigen Kategorien zur Verfügung stellen, mit den Grenzen der Sprachgemeinschaften zusammenfallen, lassen sich die vielen verschiedenen Horizonte und Rahmen, die für Menschen vor allem in multikulturellen

Gesellschaften von Bedeutung sind, nicht klar von einander trennen.²² Verstärkt wird diese Tatsache dadurch, dass Sprachgemeinschaften und Kulturen in Kontakt mit anderen Gesellschaften stehen, wodurch die Horizonte verändert werden, innerhalb derer die jeweiligen Mitglieder ihre Identität bestimmen (vgl. ebd.: 310f.).

Da im Liberalismus 2 das Überleben einer Kultur ein gemeinsames, kollektives Gut darstellt, werden größere kulturelle Gruppen darin bestärkt, politische Institutionen für die Bewahrung ihrer spezifischen Lebensform zu nutzen. Spielt der Staat eine wichtige Rolle bei der Unterstützung und dem Erhalt solcher Kulturen, kann dies negative Auswirkungen auf die Autonomie der Angehörigen haben, da Wortführer innerhalb der kulturellen Gruppe gestärkt werden und bestimmen können, welche Aspekte, Traditionen usw. geschützt werden sollen. Wie erläutert, müssen eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen und Bindungen im Prozess der Identitätsbildung integriert werden. Es ist fraglich, wie eine von staatlichen Institutionen gestärkte Kultur hier hilfreich sein kann. Lyshaug geht davon aus, dass die vielfältigen Einflüsse auf die persönliche Identität nicht berücksichtigt werden, da Kulturen als klar abzugrenzende Konstrukte dargestellt werden, die für die jeweiligen Mitglieder die Hauptquelle ihrer Identität bilden. Letztlich wird auf die Menschen Druck ausgeübt, sich eine festgelegte, von Wortführern der kulturellen Gruppe bestimmte Identität anzueignen, wodurch die individuelle Autonomie erheblich eingeschränkt wird (vgl. ebd.: 308f.; 311).²³

Auch wenn Lyshaug zufolge die schädlichen Auswirkungen der Nichtanerkennung von Kulturen bekämpft werden müssen, stellen für sie Taylors Überlegungen zum Liberalismus 2 keine geeignete Lösung dar, da sich Taylor nur auf die positiven Seiten kultureller Bindungen konzentriert, obwohl eine Politisierung solcher Bindungen Gruppen von einander entfernen und zu Feindseligkeiten zwischen ihnen führen kann. Darüber hinaus kann bei Mitgliedern einer kulturellen Gruppe das Gefühl entstehen, dass sie in ihrem privaten Leben von der gemeinsamen Kultur abhängig sind und bestimmte Entscheidungen nicht treffen dürfen, da sie der Gemeinschaft langfristig schaden. Die eingeschränkte Wahl der Schule stellt hierfür ein anschauliches Beispiel dar. Aufgrund der genannten Einschränkungen und Gefahren, die

22 So weist Tempelman im Zusammenhang der frankophonen Kultur in Quebec darauf hin, dass es nicht einfach ist, zu bestimmen, welcher gemeinsame Horizont zu schützen ist, da die Identität von vielen sprachlichen und kulturellen Bindungen abhängt. Da sich beispielsweise frankophone Quebecer (gleichzeitig) in einem Horizont bewegen können, der von der katholischen Kirche oder dem Staat Kanada bereitgestellt wird, muss die französische Kultur nicht der wichtigste Horizont für die Mehrheit der Bewohner darstellen. Darüber hinaus spielen für die Identität der englischsprachigen Quebecer und der Ureinwohner wiederum jeweils ganz verschiedene kulturelle, sprachliche und moralische Rahmen eine Rolle (vgl. Tempelman 1999: 21).

23 Hier lassen sich Parallelen zu dem Argument von Hartmut Rosa aufweisen, durch den von Taylor befürworteten Schutz von Kulturen werde die individuelle Identität instrumentalisiert.

von Taylors Konzept des Liberalismus 2 ausgehen, plädiert Lyshaug für einen neutralen Liberalismus, der Diskriminierung bekämpft, aber keine bestimmten kulturellen Lebensformen begünstigt (vgl. ebd.: 315f.).

Die Kritik von Tempelman weist eine ähnlich Stoßrichtung wie Lyshaugs Argumentation auf. Auch Tempelman wendet gegen Taylor ein, er berücksichtige die vielfältigen kulturellen Bindungen in multikulturellen Gesellschaften nicht angemessen und übersehe, dass man sich auf viele verschiedene Weisen mit ein und derselben geteilten Kultur verbunden fühlen kann. Taylor betont Tempelman zufolge den Unterschied zwischen von einander zu trennenden Kulturen, wodurch die Tatsache nicht erkannt wird, dass sich kulturelle Gruppen oftmals nicht trennscharf unterscheiden lassen. Darüber hinaus sind Kulturen keine homogenen Einheiten, da sich innerhalb einer Gruppe eine Vielzahl von Überzeugungen und Werten finden lassen. Ein Schutz von Kulturen, wie er von Taylor befürwortet wird, tendiert somit zu Formen der Exklusion und unterdrückt die Freiheit der Individuen, ihre eigene Identität zu bilden (vgl. Tempelman 1999: 21ff.).

3.2 Taylors Befürworter

Nach dieser Betrachtung der Kritik an Taylor, werden in diesem Abschnitt die Beiträge von Walzer, Lehman und Redhead beleuchtet, die Taylors Theorie befürworten, wobei Redhead einige Veränderungen vorschlägt.

Walzer stimmt Taylors Theorie mit dem Argument zu, dass der Liberalismus 2 verschiedene Optionen offen lässt, weshalb man sich von ihm ausgehend für eine Position im Sinne von Liberalismus 1 entscheiden kann. Vertritt man Liberalismus 2, ist man nicht dauerhaft festgelegt, sondern kann politische Entscheidungen den Lebensverhältnissen anpassen, ohne diesem Liberalismusmodell zu widersprechen. Darüber hinaus interpretiert Walzer Maßnahmen zum Schutz von Kulturen als Ausnahmefall – während Quebec (im Rahmen der fundamentalen Grundrechte) Gesetze erlassen kann, um den Erhalt der frankophonen Kultur zu sichern, verfährt der Staat Kanada im Sinne von Liberalismus 1 und wahrt Neutralität gegenüber kulturellen und religiösen Gruppen (vgl. Walzer 1993: 110f.).

Ein weiteres Argument, das Walzer für Taylors Konzeption anführt, ist die Tatsache, dass sich die meisten Nationalstaaten in einer ähnlichen Situation wie Quebec befinden, da sie ein vitales Interesse am Erhalt der kulturellen Lebensform der jeweiligen Mehrheit haben. Diese

Staaten – Walzer nennt Norwegen, Frankreich und die Niederlande als Beispiele – betreiben ohne Schwierigkeiten eine Politik, die bestimmte Lebensformen anerkennt. Da Unterschiede toleriert werden und Minderheiten die Freiheit haben, ihre Lebensweise zu bewahren und die eigenen Werte und Überzeugungen auszudrücken, sind diese Staaten liberal. Letztlich haben, so Walzer, alle Nationalstaaten das Bestreben, „eine bestimmte Art von Menschen zu reproduzieren [...]“ (ebd.: 111). Auch wenn es durch eine solche Politik zu Spannungen kommen wird, ist dies kein Grund, den Liberalismus 2 grundsätzlich abzulehnen (vgl. ebd.: 111f.).

Der Liberalismus 2 stellt folglich laut Walzer ein angemessenes politisches Instrument für Gemeinschaften dar, in denen er sinnvoll erscheint und deren Bedürfnissen er gerecht wird. So besteht in Quebec „anscheinend keinerlei Notwendigkeit, Minderheitenkulturen gleichermaßen zu fördern oder zu schützen, solange die Grundrechte respektiert werden.“ (ebd.: 112). Für die USA, in denen es keine kulturellen Lebensformen mit starker lokaler Bindung wie im Falle Quebecs gibt, stellt der Liberalismus 1 die angemessene Lösung dar. Da in den USA eine Förderung aller kulturellen Lebensformen durch den Staat nur schwer vorstellbar ist, befürwortet Walzer in diesem Fall Liberalismus 1, ohne damit eine grundsätzliche Bevorzugung eines neutralen Staates ausdrücken zu wollen – das alternative Liberalismusmodell kann für andere Staaten angemessen sein (vgl. ebd.: 112ff.).

Lehman führt gegen Taylors Kritiker das Argument an, er wolle eine komplexere Form des Liberalismus erreichen und beziehe sich hierbei auf liberale Ideale wie Offenheit (gegenüber Differenz), Inklusion und Selbstregierung. Eine entscheidende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die in Kapitel 2.3.2 erläuterte Horizontverschmelzung, die laut Lehman Taylors Verständnis von Bürgerschaft widerspiegelt, nach dem Menschen trotz ihrer Unterschiede zusammengeführt werden sollen. Taylor strebt mit diesem Konzept die Schaffung eines gemeinsamen Raumes an, in dem jeder seine starken Wertungen offen und ehrlich artikulieren sowie in einem demokratischen Verfahren mit anderen austauschen kann – wobei auch Differenzen auftreten können, die jedoch keine funktionierenden politischen Beziehungen zwischen kulturellen Gruppen verhindern müssen (vgl. Lehman 2006: 348f.).

Die Horizontverschmelzung kann Fehler im Verständnis des Anderen korrigieren, wodurch eine Aussöhnung und ein Ausgleich erreicht werden sollen. In einem von Offenheit und Toleranz geprägten Raum sollen verschiedene Anschauung artikuliert sowie oberflächliche Unterschiede überwunden werden. Dies bedeutet auch, dass Kulturen verändert und angepasst werden können, da die jeweils eigene kulturelle Lebensform einer kritischen Prüfung unterzogen wird (vgl. ebd. 354; 356; 358). Lehman zufolge findet sich in Taylors Theorie

eine Verpflichtung gegenüber liberalen und demokratischen Prinzipien, da die Bürger sich in den gemeinsamen Raum einbringen und am politischen Prozess teilhaben sollen. Taylors demokratisches Gemeinwesen zeichnet sich durch Respekt gegenüber den Werten und Ideen anderer Menschen aus, der sich mit dem dialogischen Charakter der Identitätsbildung verbinden lässt – im Dialog wird die Identität des anderen gewürdigt (vgl. ebd.: 346; 367).

Während Lehman vor allem die auf Austausch und Inklusion zielenden Aspekte Taylors Theorie betont, räumt Redhead ein, dass seine Theorie potentiell schädliche Formen des „cultural survival“ (Redhead 2003: 62) begründen kann. Darüber hinaus stimmt Redhead den kritischen Argumenten zu, Taylor berücksichtige nicht, dass viele Probleme der Verknennung nicht auf den „Wert“ von Kulturen zurückgeführt werden können und dass der von Taylor befürwortete Schutz von Kulturen einen Wandel im Sinne der Horizontverschmelzung unwahrscheinlich macht. Schließlich betont Redhead ähnlich wie Habermas Taylors' statischen Begriff von Kultur, der nicht mit Veränderungen umgehen kann. Dennoch plädiert Redhead dafür, Taylors Theorie nicht völlig zu verwerfen, da sie im Gegensatz zu neutralen, liberalen Ansätzen die Möglichkeit bietet, kollektive Ziele und gemeinsame Güter zu integrieren (vgl. ebd.: 61f.; 70ff.).

Redhead schlägt eine Modifikation Taylors Theorie vor, die er als „rooted cosmopolitan“ (ebd.: 76) beschreibt. Nach diesem Ansatz soll im Anschluss an Taylor der Einfluss der Kultur auf die individuelle Identität betont, aber gleichzeitig berücksichtigt werden, dass kulturelle Bindungen kontingent sind und Individuen durch den Austausch mit anderen kulturellen Lebensformen eine komplexe Identität ausbilden können. Nicht nur die eigene Identität unterliegt einem Wandel, sondern auch die Kultur, welche im Sinne der Dialog-Gesellschaft (wie in Kapitel 2.3.2 erläutert) stetig verändert wird (vgl. ebd.: 76f.).

Aus diesem Ansatz folgt laut Redhead, dass bestimmte kulturelle Lebensformen von staatlichen Institutionen (beispielsweise durch die Gewährung von Fördermitteln) unterstützt werden können.²⁴ Eine erzwungene Bewahrung der Kultur hingegen ist nicht zulässig, weshalb Sprachgesetze wie in Quebec abgelehnt werden und den Mitgliedern der Kultur die Möglichkeit bleibt, diese zu kritisieren und zu verändern. Darüber hinaus müssen betroffene Bürger in die Entscheidungen über die Förderung von Kulturen einbezogen werden, indem sie einen Einfluss darauf haben, welche Traditionen und Aspekte ihrer kulturellen Gemeinschaft von den staatlichen Maßnahmen betroffen sind und gegebenenfalls entsprechende Schritte

²⁴ Lyshaug wendet gegen diesen Vorschlag ein, auch Fördermittel könnten einen Anreiz für Wortführer innerhalb von kulturellen Gruppen darstellen, um eine fixierte oder verdinglichte kollektive Identität zu bestimmen (vgl. Lyshaug 2004: 319, Anmerkung 12).

anfechten können (vgl. ebd.: 78f.).

3.3 Probleme und Chancen der Theorie Taylors

Nach dieser Betrachtung der Kritik an Taylor und der Argumente zu dessen Verteidigung, ist eine abschließende Beurteilung der Probleme und Chancen seiner politischen Theorie möglich. Wie die Argumente von Habermas und Rockefeller verdeutlichen, ist Taylors Vorstellung vom Schutz einer bestimmten Kultur sowohl vor dem Hintergrund der individuellen Freiheit, sich von der eigenen kulturellen Lebensform loszusagen als auch unter Berücksichtigung seiner Befürwortung der Horizontverschmelzung sowie des offenen, kulturübergreifenden Austausches nicht haltbar. Wenn die Erzeugung von Angehörigen einer bestimmten kulturellen Gruppe ein politisches Ziel darstellt, wird diese Kultur verfestigt und perpetuiert, so dass eine Veränderung der eigenen Maßstäbe, die Teil der Horizontverschmelzung ist, unmöglich oder zumindest sehr unwahrscheinlich wird. Auch die dialogische Definition der kollektiven Identität kann in einer solchen absolut gesetzten Kultur nicht stattfinden. Folglich widerspricht Taylor – wie Rosa belegen kann – seiner Vorstellung einer Dialog-Gesellschaft und auch seiner Identitätstheorie.

Auch Walzers Argument, das Konzept des Liberalismus 2 sei als Regelung für Ausnahmesituationen zu sehen, kann Rosas Einwand nicht widerlegen. Selbst wenn die Einschränkung individueller Rechte auf Quebec begrenzt wird, ist innerhalb dieser Gemeinschaft immer noch eine Minderheit von der Bestimmung kollektiver Ziele ausgeschlossen und somit den problematischen Folgen der Nichtanerkennung ausgesetzt. Es kann mithin innerhalb Taylors Theorie nicht schlüssig gezeigt werden, warum eine bestimmte Kultur bewahrt wird, während andere Gruppen außen vor bleiben, aber dennoch Einschränkungen der individuellen Rechte in Kauf nehmen müssen.

Wolf und Nicholson können in ihren Kommentaren Taylors problematische Vorstellung von Anerkennung nachweisen, da er übersieht, dass die schädlichen Folgen von Nichtanerkennung nicht nur von einer Verkennung des „Wertes“ einer Kultur stammen. Darüber hinaus blendet sein Verständnis von Multikulturalismus die Frage aus, warum eine Gruppe in der Lage ist, eine andere zu bewerten und ob dies zulässig ist.

Die Argumente von Lyshaug und Tempelman können überzeugend darstellen, dass Taylors Theorie zwar wichtige Einsichten in die Identitätsbildung sowie den Zusammenhang zwischen Kultur und Identität liefert, aber diesen Zusammenhang zu eng fasst, da er letztlich

die vielen unterschiedlichen Einflüsse auf die Identität und die pluralistischen Quellen, die sich gerade in modernen, multikulturellen Gesellschaften anbieten, nicht angemessen berücksichtigt. Ihre Kritik scheint aber vor dem Hintergrund der Beiträge von Lehman und Redhead zu weit zu gehen, da sie die Möglichkeiten auf die Gefahren, die sie zu Recht betonen, innerhalb Taylors Theorie zu antworten übersehen. Gerade die in Kapitel 2.3.2 erläuterten Aspekte der Einbeziehung von Differenz und des Dialogs stellen Chancen und Möglichkeiten in seiner Theorie dar, die nahelegen, Taylor trotz der berechtigten Kritik nicht völlig zurückzuweisen. Auch wenn Lehman Taylors Theorie befürwortet, kann seine Position das Argument von Rockefeller nicht widerlegen, der Schutz einer bestimmten Kultur verhindere den in dem Konzept der Horizontverschmelzung angelegten (zumindest potentiellen) Wandel der eigenen Position. Lehman kann zwar belegen, dass Taylors Theorie Aspekte, die auf Dialog, Ausgleich und Inklusion gerichtet sind, enthält, doch gerade vor dem Hintergrund dieser Aspekte wird Rosas Einwand um so dringlicher, in Quebec seien nicht alle Gruppen am Dialog beteiligt. Gerade wenn man die Horizontverschmelzung und die gemeinsame Deliberation in Taylors Theorie betont, erscheinen seine Position zur Anerkennung und sein Modell des Liberalismus 2 unhaltbar, da nicht gewährleistet ist, dass alle kulturellen Gruppen gleichermaßen im gemeinsamen politischen Raum Gehör finden. Redheads Vorschlag, Kulturen zu fördern, ohne ihren Erhalt erzwingen zu wollen scheint ein geeignetes Mittel zu sein, um dieses Problem zu lösen.

Taylors Liberalismus 2 wie auch der von ihm geforderte Schutz von Kulturen sind somit nicht haltbar. Dennoch bietet seine Theorie wertvolle Einsichten in den Zusammenhang zwischen Kultur und Identitätsbildung. Darüber hinaus ist sie in der Lage, mit Differenz umzugehen, indem ein sinnvoller Dialog angestrebt wird. Gerade Taylors Vorstellung einer Dialog-Gesellschaft erscheint vielversprechend, da sie die Möglichkeit bietet, (wie von Rosa gefordert) alle betroffenen kulturellen Gruppen in die Bestimmung der kollektiven Ziele einzubeziehen, damit eine Verkennung ihrer Lebensform verhindert wird. Auch wenn man diese Idee als utopisch bezeichnen mag, verdeutlicht sie dennoch die Chance in Taylors Theorie, Differenzen zu integrieren – mehr noch zur Grundlage einer vielfältigen Gesellschaft zu machen.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Wie in der Einleitung formuliert, ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, Taylors Theorie vor dem Hintergrund des Multikulturalismus und dem Umgang mit Differenz zu bewerten. An dieser Stelle wird nochmals verdeutlicht, warum Taylors Ausführungen über den Schutz von Kulturen abgelehnt werden sollten.

Die Bedingungen einer unbeschädigten Identitätsbildung nehmen eine zentrale Stellung in Taylors Theorie ein. Die Definition der eigenen Identität legt einen Rahmen fest, in dem die individuellen Wertungen und Entscheidungen darüber, was für die jeweilige Person gut, wichtig, moralisch erstrebenswert usw. ist, verständlich werden. Darüber hinaus ist ein solcher Rahmen oder Horizont, ohne den man orientierungslos wäre, entscheidend für menschliches Handeln.

Von besonderer Bedeutung für die Bestimmung der eigenen Identität ist der kulturelle

Horizont, welcher die Kategorien bereitstellt, innerhalb derer die Wertungen des Individuums erfolgen. Man bezieht folglich Stellung vor einem Horizont, der die Möglichkeiten der eigenen Identität festlegt, ohne jedoch die Individuen zu determinieren. Darüber hinaus ist die Identitätsbildung auf eine geteilte Sprachgemeinschaft angewiesen, da die Sprache das expressive Medium darstellt, in dem das Individuum seine Identität ausdrücken kann und mit dem es sich in dem moralischen Raum orientiert. Auch wenn die Identität in der Moderne individualisiert ist, besteht eine Abhängigkeit von Anderen, da man sich stets im Dialog definiert und nur mittels der Anerkennung durch andere Personen man selbst sein kann.

Trotz der Freiheiten, die sich für den Einzelnen aus diesem Identitätskonzept ergeben, birgt das moderne Verständnis von Identität auch Gefahren. Wenn die Selbstverwirklichung zum einzig gültigen Ideal erhoben wird, sinkt das Gefühl der Verbundenheit mit der Gemeinschaft und die Bereitschaft, sich an politischen Handlungen zu beteiligen. Eine Entfremdung von der Politik und eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt können die letzte Folge einer solchen Entwicklung sein.

Gegen diese Fragmentierung der Gesellschaft setzt Taylor sein Verständnis eines demokratischen Gemeinwesens, in dem die Bürger ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft empfinden und sich mit dem Gesetz und den politischen Institutionen identifizieren. Da das Politische als gemeinschaftliches Projekt bzw. als gemeinsames Gut, an dem alle Bürger als Gleiche beteiligt sind, angesehen wird, sind die Bürger bereit, die für ein demokratisches Gemeinwesen erforderlichen Pflichten zu übernehmen und es im Notfall sogar zu verteidigen.

Auch wenn ein solches Zugehörigkeitsgefühl eine Tendenz zur Exklusion in sich birgt, ist es laut Taylor möglich, Menschen trotz und gerade wegen ihrer Differenzen zusammenzuführen. Die Unterschiede zwischen den Menschen können als willkommene Bereicherung und Erweiterung des eigenen Horizontes, der mit fremden Kulturen verschmilzt, gesehen werden. Die kollektive Identität soll nach Taylors Vorstellung einer Dialog-Gesellschaft in einem fairen und demokratischen Prozess, in dem die verschiedensten Werte und Ideen einfließen, fortwährend neu definiert werden.

Aufgrund der besonderen Bedeutung der Sprache und Kultur für eine gelungene Identitätsbildung befürwortet Taylor den Schutz von Kulturen, der auch – unter Garantie der Gewährung fundamentaler Grundrechte, wie Recht auf Leben, Religionsfreiheit etc. – die Einschränkung individueller Rechte und Freiheiten beinhalten kann. Eine solche Einschränkung von Rechten ist mit der von Taylor bevorzugten Idee des Liberalismus 2 vereinbar, nach der eine Gesellschaft einer bestimmten Idee des Guten entsprechend gestaltet

werden kann, solange die Grundrechte derjenigen, die sich dieser Idee nicht anschließen, gewahrt werden.

Eine Auseinandersetzung mit Taylors Kritikern und Befürwortern konnte jedoch zeigen, dass seine Vorstellungen von Anerkennung sowie das Konzept des Liberalismus ² nicht haltbar sind. Eine Kultur, die unter Einschränkung individueller Rechte geschützt und festgeschrieben wird, widerspricht Taylors Vision einer Dialog-Gesellschaft und seinem Bezug auf die Horizontverschmelzung, da ein Wandel dieser Kultur unmöglich oder zumindest sehr unwahrscheinlich wird.

Der „Artenschutz“ einer Kultur beraubt das Individuum der Freiheit, sich von der kulturellen Gemeinschaft loszulösen. Darüber hinaus widerspricht diese Idee Taylors eigener Identitätstheorie, da nicht alle kulturellen Gruppen an der Festlegung des gemeinsamen Ziels beteiligt sind. Folglich finden sie sich in einer nicht einmal mehr vermeintlich neutralen Gesellschaft wieder, in der ihre kulturellen Lebensformen nicht anerkannt werden, wodurch sie mit problematischen und beschädigten Identitäten zu kämpfen haben, die ja gerade durch den Schutz von Kulturen verhindert werden sollen.

Taylors Verständnis von Anerkennung bleibt blind gegenüber den schädlichen Folgen, die sich aus dem Ignorieren von Personen ergeben, die zwar Teil einer Gemeinschaft sind, aber sich mit den am häufigsten studierten literarischen und künstlerischen Meisterwerken dieser Gemeinschaft nicht identifizieren können – ein Problem das sowohl Frauen als auch Angehörige anderer Kulturen betrifft. Taylors Theorie hinterfragt ebenfalls nicht den Zustand, der eine privilegierte und dominierende kulturelle Gruppe in die Lage versetzt, anderen kulturellen Lebensformen Anerkennung zu „gewähren“. Die vielfältigen kulturellen, sprachlichen und moralischen Quellen, welche für die Identitätsbildung von Bedeutung sind, werden bei Taylor nicht angemessen berücksichtigt, da er sich auf Kulturen als klar abgegrenzte Gebilde konzentriert.

Auch wenn ein Teilaspekt der Theorie Taylors somit zurückgewiesen wurde, liefert seine Arbeit dennoch einige wertvolle Einsichten in die Identitätsbildung und deren Zusammenhang mit der Kultur. Da Taylors Idee der Dialog-Gesellschaft und der Entwurf einer auf der Horizontverschmelzung beruhenden Gemeinschaft, die Differenzen als willkommene Ergänzung einbezieht, vielversprechend scheinen, sollten diese betont und in Hinsicht auf eine mögliche Ausgestaltung weiter untersucht werden.

5 Literaturverzeichnis

Abbey, Ruth (2000): Charles Taylor. Teddington: Acumen Publishing Limited.

Benhabib, Seyla (2002): The Claims of Culture. Equality and Diversity in the Global Era. Princeton: Princeton University Press.

Breuer, Ingeborg (2000): Charles Taylor zur Einführung. Hamburg: Junius.

Breuer, Ingeborg; **Leusch**, Peter; **Mersch**, Dieter (1996): Welten im Kopf. Profile der Gegenwartsphilosophie. Band 3: England/ USA. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Demmerling, Christoph (1995): Differenz und Gleichheit. Zur Anatomie eines Argumentes. In: **Demmerling**, Christoph; **Rentsch**, Thomas (Hrsg.): Die Gegenwart der Gerechtigkeit. Diskurse zwischen Recht, praktischer Philosophie und Politik. Berlin: Akademie Verlag, S. 122-131.

Habermas, Jürgen (1993): Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat. In: **Taylor**, Charles: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/ Main: Fischer, S. 147-196.

Honneth, Axel (1999): Nachwort. In: **Taylor**, Charles: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 295-314.

Joas, Hans (1997): Die Entstehung der Werte. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.

Kymlicka, Will (1995): Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights. Oxford, New York: Oxford University Press.

Kymlicka, Will (1999): Multikulturalismus und Demokratie. Über Minderheiten in Staaten und Nationen. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Lehman, Glen (2006): Perspectives on Charles Taylor's Reconciled Society: Community, Difference and Nature. In: Philosophy and Social Criticism, Band 32, Nr. 3, S. 347-376.

Lukes, Steven (1995): Multikulturalismus und Gerechtigkeit: „Politik der gleichen Würde“ und „Politik der Anerkennung“. Überlegungen im Anschluss an Charles Taylor. In: **Demmerling**, Christoph; **Rentsch**, Thomas (Hrsg.): Die Gegenwart der Gerechtigkeit. Diskurse zwischen Recht, praktischer Philosophie und Politik. Berlin: Akademie Verlag, S. 99-111.

Lyshaug, Brenda (2004): Authenticity and the Politics of Identity: A Critique of Charles Taylor's Politics of Recognition. In: Contemporary Political Theory, Nr. 3, S. 300-320.

Mulhall, Stephen; **Swift**, Adam (1999): Liberals and Communitarians. Oxford: Blackwell Publishers.

Nicholson, Linda (1996): To Be Or Not To Be: Charles Taylor and the Politics of Recognition. In: Constellations, Band 3, Nr. 1, S. 1-16.

Redhead, Mark (2003): Charles Taylor's Deeply Diverse Response to Canadian Fragmentation: A Project Often Commented On but Seldom Explored. In: Canadian Journal of Political Science, Band 36, Nr. 1, S. 61-85.

Reese-Schäfer, Walter (1994): Was ist Kommunitarismus? Frankfurt/ Main: Campus.

Rockefeller, Steven C. (1993): Kommentar. In: **Taylor**, Charles: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/ Main: Fischer, S. 95-108.

Rosa, Hartmut (1998): Identität und kulturelle Praxis. Politische Philosophie nach Charles Taylor. Frankfurt/ Main: Campus (vorher phil. Diss. Berlin 1996).

Rosa, Hartmut (2002): Die Politische Theorie des Kommunitarismus: Charles Taylor. In: **Brodacz**, André; **Schaal**, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung. Opladen: Leske und Budrich, S. 55-88.

Taylor, Charles (1993a): Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. In: **Honneth**, Axel (Hrsg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/ Main: Campus, S. 103-130.

Taylor, Charles (1993b): Die Politik der Anerkennung. In: ders.: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/ Main: Fischer, S. 13-78.

Taylor, Charles (1994): Reply and Re-articulation. In: **Tully**, James (Hrsg.): Philosophy in an Age of Pluralism. The Philosophy of Charles Taylor in Question. Cambridge: Cambridge University Press, S. 213-257.

Taylor, Charles (1995): Das Unbehagen an der Moderne. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.

Taylor, Charles (1997): Irreducibly Social Goods. In: ders.: Philosophical Argument. Cambridge: Harvard University Press, S. 127-145.

Taylor, Charles (1999a): Was ist menschliches Handeln? In: ders.: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 9-51.

Taylor, Charles (1999b): Bedeutungstheorien. In: ders.: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 52-117.

Taylor, Charles (1999c): Wesen und Reichweite distributiver Gerechtigkeit. In: ders.: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 145-187.

Taylor, Charles (1999d): Legitimationskrise? In: ders.: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 235-294.

Taylor, Charles (2002a): Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? In: ders.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 11-29.

Taylor, Charles (2002b): Demokratie und Ausgrenzung. In: ders.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 30-50.

Taylor, Charles (2002c): Nationalismus und Moderne. In: ders.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 140-165.

Taylor, Charles (2002d): Ursprünge des neuzeitlichen Selbst. In: ders.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 271-283.

Taylor, Charles (2005a): Why Do Nations Have to Become States? In: ders.: Reconciling the Solitudes. Essays on Canadian Federalism and Nationalism. Montreal: McGill-Queens's University Press, S. 40-58.

Taylor, Charles (2005b): A Canadian Future? In: ders.: Reconciling the Solitudes. Essays on Canadian Federalism and Nationalism. Montreal: McGill-Queens's University Press, S. 23-39.

Taylor, Charles (2005c): Institutions in National Life. In: ders.: Reconciling the Solitudes. Essays on Canadian Federalism and Nationalism. Montreal: McGill-Queens's University Press, S. 120-134.

Taylor, Charles (2005d): Shared and Divergent Values. In: ders.: Reconciling the Solitudes. Essays on Canadian Federalism and Nationalism. Montreal: McGill-Queens's University Press, S. 155-186.

Tempelman, Sasja (1999): Constructions of Cultural Identity: Multiculturalism and Exclusion. In: Political Studies, Band 47, Nr. 1, S. 17-31.

Walzer, Michael (1993): Kommentar. In: **Taylor, Charles:** Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/ Main: Fischer, S. 109-115.

Wolf, Susan (1993): Kommentar. In: **Taylor, Charles:** Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/ Main: Fischer, S. 79-93.

Young, Iris Marion (1997): A Multicultural Continuum: A Critique of Will Kymlicka's Ethnic-Nation Dichotomy. In: Constellations, Band 4, Nr. 1, S. 48-53.